

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2014
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Thüringen

„Thüringen entscheidet“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Suhl am 18. Mai 2014)

Quelle/Zitierweise: http://www.thueringen-entscheidet.de/sites/default/files/uploads/2014/08/04/wahlprogrammfdpthueringen_0.pdf; 25.8.2014
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-491

Wahlprogramm der FDP Thüringen für die 6. Legislaturperiode des Thüringer Landtages

2014 - 2019



„Thüringen entscheidet“

Thüringen entscheidet!

Am 14. September 2014 haben die Bürgerinnen und Bürger, haben wir Thüringer, die Wahl!

Wir entscheiden sowohl über die zukünftige Politik in unserem Freistaat als auch über diejenigen, welche diese Politik dann umsetzen werden. Mit der Wahl geben wir auch eine Bewertung ab über die Thüringer Landespolitik in den vergangenen fünf Jahren. Was wurde erreicht in Thüringen? Wie hat sich das Land entwickelt? Wie hat sich die Landespolitik an den Erwartungen der Thüringerinnen und Thüringer orientiert?

Die Landtagswahl ist zugleich Vorausschau als auch Abrechnung der Politik in Thüringen!

Die FDP Thüringen hat sich seit dem Wiedereinzug in den Thüringer Landtag im Jahr 2009 aktiv an der Gestaltung der Landespolitik beteiligt. Mit unserer Arbeit aus der parlamentarischen Opposition heraus haben wir liberale Akzente gesetzt. Liberale Politik bekennt sich zu Werten wie Fleiß, Leistungsbereitschaft, Gleichheit vor dem Gesetz, Selbstbestimmung, Freiheit und Verantwortung.

Freiheit ohne Verantwortung – das geht nicht! Das ist wie Tanzen ohne Takt oder Rennen ohne Ziel. In Verantwortung für unsere Gesellschaft für einen starken Thüringer Mittelstand und für die Zukunft unserer Kinder haben wir in diesem Programm Schwerpunkte gesetzt.

Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft Thüringens!

Deshalb setzt sich die FDP konsequent für den Erhalt eines leistungs- und begabungsorientierten gegliederten Schulsystems mit Noten und Versetzungsentscheidungen ein. Für uns ist klar, wer motivierte und gut ausgebildete Berufseinsteiger will, der muss ihnen auch die Möglichkeit bieten das in der Schule zu lernen.

Thüringen lebt in der Hauptsache von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die FDP hat sich mit ihren Inhalten konsequent für Erleichterungen bei den Förder- und Vergaberichtlinien eingesetzt und lehnt unsinnige Quotenregelungen ab, die das Handeln der kleinen und mittleren Betriebe nur erschweren.

Um den Menschen auf dem Land genügend medizinische Versorgung bieten zu können muss sich in Zukunft etwas ändern. Die FDP hat deshalb das Liberale 3-Säulen Modell für eine wohnortnahe, ambulante Versorgung entwickelt und bietet damit eine Variante zur Problemlösung an.

Wie wir Liberale nicht leichtfertig mit dem Geld anderer Menschen umgehen und uns unserer Verantwortung gegenüber den Thüringer Bürgern bewusst sind, haben wir in allen Haushaltsberatungen des Landtages Vorschläge zu Einsparungen gemacht. Sparsam haushalten heißt aber nicht – Nichts ausgeben! Im Gegenteil, gut haushalten bedeutet Prioritäten zu setzen und klug abzuwägen, was man sich leisten kann und was einen größtmöglichen Nutzen für den Freistaat hat.

Unser Handeln ist von 3 Grundsätzen geleitet: Konsolidieren – Sparen – Investieren!

Die FDP bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft statt Planwirtschaft – Wir sind der Anwalt und die Stimme der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Thüringen und lehnen Regulierungswut von oben ab. Wir wollen keine Bestrafung der besonders Fleißigen und Tüchtigen durch visionslose Gleichmacherei, sondern die Anerkennung von Leistung und Verantwortung.

Mit dem vorliegenden Programm der FDP Thüringen machen wir unser Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen. Ein Angebot, welches geprägt ist von der Überzeugung, dass der Fleiß, die Leistungsbereitschaft, die Selbstbestimmung und das Verantwortungsbewusstsein der Thüringer die Grundlage jeden Erfolges sind.

Thüringen entscheidet!



Uwe Barth

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat
FDP Thüringen



Franka Hitzing

stellvertretende Landesvorsitzende
FDP Thüringen

Inhaltsverzeichnis:

1. <u>Bildung und Wissenschaft</u>	5
Schluss mit Bildungsexperimenten – Bildung schafft Wohlstand!	5
Libérale Bildungspolitik dient der Verwirklichung eines zentralen Bürgerrechts	5
Libérale Bildungspolitik mehrt den Wohlstand der Gesellschaft	5
Ideologische Bildungsexperimente beenden	5
<u>Frühkindliche Bildung</u>	6
<u>Schulen</u>	7
Wert von Leistung von Fleiß vermitteln	7
Schulnoten und Versetzungsentscheidungen erhalten	7
Ja, zu Kopfnoten!	8
Ja, zum gegliederten Schulsystem!	8
Mehr Qualität durch Wettbewerb	9
Mehr Entscheidungen vor Ort treffen	9
Wir brauchen bundesweit mehr Vergleichbarkeit – aber nur auf höchstem Niveau	10
Kernkompetenzen stärken	10
Frühzeitig einstellen, um Lehrermangel und Unterrichtsausfall zu vermeiden	11
Inklusion – Das Kindeswohl entscheidet	11
<u>Berufliche Bildung</u>	12
Möglichst kurze Wege zur Berufsbildenden Schule gewährleisten	13
<u>Hochschulen</u>	13
2. <u>Wirtschaft</u>	15
Grundlegende Rahmenbedingungen für einen innovativen, unbürokratischen und unternehmerfreundlichen Freistaat.....	15
Unternehmen auf Wachstumskurs bringen – einfache und transparente Förderpolitik	16
Fachkräfte in Thüringen fordern und fördern	17
Integration in den 1. Arbeitsmarkt hat Vorrang	17
Forschungs- und Technologiepolitik	18
FDP Thüringen als Garant für weniger Bürokratie	19
Bedarfsgerechte Ladenöffnung	20
Tourismus für Thüringen besser nutzen	21
Nachhaltige Energiepolitik für Thüringen	21

3. <u>Innen und Recht</u>	23
Bürgerrechte bewahren – Sicherheit gewährleisten.....	23
Polizei gut ausstatten – Gläserner Staat und keine gläsernen Bürger	24
Für ein weltoffenes, tolerantes und bürgernahe Thüringen	25
Asylrecht ist Menschenrecht	26
Landesamt für Verfassungsschutz reformieren	26
Funktionsfähigkeit und Effizienz der Feuerwehr, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes verbessern.....	26
<u>Starke Kommunen – Schlanker Staat</u>	27
Kommune als „Keimzelle der Demokratie“ begreifen	27
Moderne Verwaltung – Schlanker Staat	29
4. <u>Justiz</u>	30
Starke, moderne und bürgernahe Justiz	30
Justizvollzug	31
Jugendstationen: Jugendkriminalität schnell und effektiv bekämpfen	31
Opferrechte	32
5. <u>Gesundheitspolitik</u>	33
Medizinische Versorgung im Freistaat sicherstellen – Arzt- und Fachkräftemangel bekämpfen	33
Für eine hochwertige und wohnortnahe ambulante Versorgung in Thüringen – Das liberale 3-Säulen-Modell	33
Für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung in Thüringen – Die liberale Krankenhausstrategie 2030	34
Apotheken	35
Rettungsdienst in Thüringen stärken	35
Den mündigen Patienten unterstützen – Beratung, Transparenz und Prävention.....	36
Gesundheitswirtschaft: Innovations-, Qualitäts- und Jobmotor im Freistaat	37
Pflege – Qualität sichern, Fachkräftemangel bekämpfen	37
Pflege bürokratiearm gestalten – mehr Zeit für Patientenbetreuung schaffen!	38
Attraktivität des Berufsfeldes stärken – Fachkräfte für die Pflege!	38
6. <u>Sozialpolitik, Familien- und Jugendpolitik, Seniorenpolitik</u>	39
Sozialpolitik als Chancenpolitik für Betroffene gestalten	39
Wirkungsvolle Sozialpolitik statt Maßnahmerhetorik	39
Fehlsteuerung beenden!	39

Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen!	40
Leistung in der Familie anerkennen und stärken!	41
Kinder- und Jugendrechte stärken!	41
Seniorenpolitik – Lebensleistung anerkennen!	42
Ost-West-Rente angleichen – Renteneintritt flexibel gestalten!	42
Mobilität auch im Alter gewährleisten!	43
7. <u>Finanz- und Haushaltspolitik</u>	44
Finanzpolitik	44
Keine neuen Schulden aufnehmen	45
Bestehende Schulden abbauen	45
Haushaltspolitik	45
Selbstbedienungsmentalität beenden	46
Investitionen in die Zukunft	46
Personalpolitik	47
Bürger entlasten und nicht weiter belasten!	48
8. <u>Thüringen in Europa</u>	49
Europa als Chancenprojekt	49
Einheit in Vielfalt – für ein starkes Thüringen in Europa!	49
Europäisches Förderprogramme nutzen – Ressourcen sinnvoll einsetzen!	50
Stabilitäts- statt Schuldenunion – Europa als Raum des gemeinsamen Rechts!	51
9. <u>Liberaler Kulturpolitik für Thüringen</u>	53
Kultur im ländlichen Raum – Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement	53
Kulturfinanzierung – Ausstattung der Kommunen und Kooperationen der Kultureinrichtungen	53
Zukunftsaufgabe kulturelle Bildung	53
Lutherdekade – Kulturtourismus stärker vermarkten	54
10. <u>Sport</u>	55
Herausragende Bedeutung des Sports – Sportbegeisterung fördern	55
Unterstützung des Breiten-, Leistungs- und Vereinssports	55
Förderung des Leistungssports	55
Breitensport	55
Vereinssport	56

11. <u>Gleichstellungspolitik nach Maß</u>	57
Klares Nein zur Quote!	57
12. <u>Bau, Landesentwicklung und Verkehr</u>	58
Straßeninfrastruktur	58
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bedarfsorientiert gestalten	58
Straßen- und Güterverkehr	59
Mobilität in den Thüringer Kommunen erhalten	59
Schienenverkehr	60
Luftverkehr im freien Wettbewerb gewährleisten	61
Breitbandversorgung im Ländlichen Raum	62
Regionalplanung – Keine Verringerung der Anzahl der Grundzentren in Thüringen	63
Regionalbudget und Sonderprogramm „Ländlicher Raum“	63
Wohnen in Thüringen – Marktkonforme Konzepte statt dirigistischer Maßnahmen	64
13. <u>Landwirtschaft, Forsten und Fischerei</u>	65
Landwirtschaft im Wandel – verantwortungsvoll, zukunfts- und marktorientiert gestalten!	65
Chancen des Weltmarkts nutzen – Gemeinsame Europäische Agrarpolitik vereinfachen!	66
Innovationen und Agrarforschung fördern – Chancen und Risiken ideologiefrei abwägen! ..	67
Forstwirtschaft und Jagd – Grundsatz „Wald und Wild“ verwirklichen	67
Fischerei – Partner eines effizienten Naturschutzes	69
14. <u>Umwelt- und Naturschutz</u>	70
Gemeinsame Verantwortung für Mensch, Tier und Natur	70
Umweltverträglichkeit der Energiewende beachten!	71
Ideologiefreier Klimaschutz mit Augenmaß	71
Wasser- und Gewässerqualität sichern!	72
Umweltverträgliche Kaliproduktion bekräftigen – Ziel der naturnahen Werra verwirklichen Wasser- und Gewässerqualität sichern!	72
Präventiven Hochwasserschutz als Generationenaufgabe angehen!	73
Bezahlbare und nachhaltige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung!	73

1. Bildung und Wissenschaft

"Schluss mit Bildungsexperimenten - Bildung schafft Wohlstand!"

Die FDP Thüringen setzt sich für ein gerechtes, leistungsorientiertes und innovatives Erziehungs- und Bildungssystem im Freistaat ein. Ein solches Bildungssystem nutzt dem Einzelnen und der Gesellschaft.

Libérale Bildungspolitik dient der Verwirklichung eines zentralen Bürgerrechts

Alle Menschen - unabhängig von Fähigkeiten und sozialem Status - müssen gerechte Chancen auf den Zugang zu hochwertigen und vielfältigen Bildungsangeboten erhalten. Gleiche Chancen am Beginn des Bildungslebens sind zentrale Voraussetzung, aber noch keine Garantie für deren erfolgreiches Gelingen. Erfolg stellt sich nur ein, wenn Chancen durch Leistung und Anstrengung ausgeschöpft werden.

Libérale Bildungspolitik mehrt den Wohlstand der Gesellschaft

Die Bildungspolitik der FDP Thüringen setzt auf die Vermittlung klassischer Werte wie Leistung, Aufstiegswillen, Toleranz und Respekt anderen gegenüber. Gute Bildung ist so der Schlüssel für individuellen Erfolg im Leben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Akademisch und beruflich qualifizierte Arbeitskräfte leisten anspruchsvolle Tätigkeiten im Berufsleben. Gut ausgebildete Menschen sind die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und der wichtigste Standortfaktor für Thüringen. Ein leistungsgerechtes Bildungssystem schafft so auch gut bezahlte Arbeitsplätze.

Ideologische Bildungsexperimente beenden

Wir brauchen in Thüringen keine Einheitsschulen! Stattdessen kämpft die FDP Thüringen für ein Bildungssystem, das allen Thüringer Schülern eine Bildungskarriere entsprechend ihren individuellen Begabungen und Anlagen bietet. Daher setzen wir uns für den Erhalt des gegliederten Schulsystems mit Grund- und Regelschulen und Gymnasien ein, wie es in der Thüringer Landesverfassung verankert ist. Alternative Schulformen und die Schulen in freier Trägerschaft insgesamt stellen für uns Liberale eine Bereicherung des Schulangebots dar.

Frühkindliche Bildung

Für Bildungschancen ist das frühkindliche Alter von herausragender Bedeutung. Sprachkenntnisse, Wissen und soziale Kompetenzen müssen den Kindern auf altersgerechte Weise vermittelt werden. Aber auch Kunst, Musik, die Freude am Bewegen und Toben sind von Natur aus Teil frühkindlicher Lernprozesse und müssen gefördert werden.

Frühkindliche Bildung auf dem Stand der Forschung muss, neben der Betreuung, fester Bestandteil des Alltags in den Kindertageseinrichtungen sein.

Erziehungsrecht und Erziehungspflicht liegen für uns zu allererst bei den Eltern des Kindes. Die Familien entscheiden selbst darüber, welche Angebote frühkindlicher Bildung sie in Anspruch nehmen. Allerdings werden gerade Familien mit mittleren Einkommen im Moment durch Gebühren für die Kinderbetreuung stark belastet. Da eine gute vorschulische Bildung auf die Grundschule vorbereitet und so deren Arbeit erleichtert, ist eine stärkere Beteiligung des Landes an den Kosten geboten. Folglich muss auch ein kostenloses letztes Kindergartenjahr mit Vorschulcharakter zur Vorbereitung auf den "Lebensabschnitt" Schule möglich sein.

Der Übergang zur Grundschule stellt für die Kinder ein kritisches Lebensereignis dar. Einerseits ist dieser Schritt mit einem Statusgewinn verbunden, die Kinder sind jetzt Schulkinder, andererseits geht damit aber auch ein Statusverlust einher, die Kinder sind die Kleinsten in der Schule. Deshalb sind zwingend im letzten Kita-Jahr Kooperationen mit Grundschulen notwendig, um unter Einbeziehung der Eltern die Kinder auf dieses Ereignis optimal vorzubereiten.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ allen Kinder die gleichen Chancen auf den Zugang zu staatlich geförderten, hochwertigen Bildungsangeboten ermöglichen.
- ✓ , dass der Übergang von der Kinderkrippe zum Kindergarten in einem festzulegenden Zeitfenster flexibel gestaltet werden muss, um den individuellen Entwicklungsstand der Kinder gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang ist auch der Betreuungsschlüssel flexibel zu gestalten.
- ✓ eine größere Vielfalt der Trägerlandschaft und mehr Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern von Leistungen der Kindertagesbetreuung um die besten Angebote.
- ✓ die Gleichbehandlung von freien Trägern.
- ✓ mehr Betriebskindergärten, um auch die Arbeitgeber bei der Schaffung eines familienfreundlichen Arbeitsumfelds stärker zu unterstützen.
- ✓ die Kindertagespflege bei der öffentlichen Finanzierung gegenüber der Förderung eines entsprechenden Kita-Platzes nicht benachteiligen.
- ✓ die mit der Novelle des Kitagesetzes abgeschaffte kooperative Tagespflege wieder zulassen.

- ✓ , dass sich die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen an den beruflichen Verpflichtungen der Familien - insbesondere Alleinerziehender – orientieren.
- ✓ die Senkung der Kita-Gebühren, insbesondere durch ein kostenloses letztes Kita-Jahr mit Vorschulcharakter.
- ✓ bei den gesetzlichen Anforderungen an die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für Plätze in Kindertageseinrichtungen temporär Abweichungen ermöglichen, wenn das pädagogisch vertretbar und praktisch geboten ist.
- ✓ die regelmäßige Weiterbildung des Personals.
- ✓ zwingend eine enge Abstimmung zwischen Kindertagesstätten und Schulen, um für alle Kinder einen anspruchsvollen Übergang möglichst reibungslos zu gestalten.
- ✓ verbindliche standardisierte Sprachstandserhebungen.

Schulen

Wert von Leistung und Fleiß vermitteln

Das Leistungsprinzip ist ein demokratisches Grundprinzip. Wo Leistung zählt, werden Aufstiegschancen von persönlichem Fleiß bestimmt. Eine gerechte Schule ist eine Schule, in der Leistung und Einsatz belohnt werden. Der Anspruch, jedes Kind gezielt und individuell so zu fördern, dass seine Begabungen zur vollen Entfaltung kommen, beruht auf dem Leistungsgedanken. Der Erwerb konkreten Wissens und von Fertigkeiten erfordert Arbeit. Daher muss die Leistungsorientierung wieder stärker in unseren Schulen verankert werden.

Schulnoten und Versetzungsentscheidungen erhalten

Schulnoten sind erwiesenermaßen kein Glücksspiel, sondern eine verdichtete, pädagogisch fundierte Beurteilung über den individuellen Leistungsstand. Aufgrund ihrer langen Tradition werden sie von den Familien verstanden und geben so Schülern und Eltern eine Rückmeldung über die Lernfortschritte und eventuell bestehende Förderbedarfe. Die Pflicht, Schulnoten durch schriftliche Beurteilungen zu ersetzen, führt absehbar zu formalisierten Bewertungen, die unverständlich sind.

Versetzungsentscheidungen sind für uns als pädagogisches Instrument ebenfalls weiterhin unerlässlich. Wenn einzelne Schüler aufgrund bestehender Lerndefizite die nächste Klassenstufe (auch nicht mit besonderer Förderung) erfolgreich absolvieren können, muss eine Klassenwiederholung als Maßnahme in letzter Konsequenz zur Verfügung stehen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Leistungsbewertung mit Schulnoten und Versetzungsentscheidungen am Ende jeder Klassenstufe wieder für alle Schulformen des gegliederten Schulsystems und der Gesamtschulen verbindlich zu machen.
- ✓ die Schulen in freier Trägerschaft als gleichberechtigter Bestandteil des Thüringer Schulsystems erhalten.

Ja, zu Kopfnoten!

Kopfnoten geben den Schülern eine Rückmeldung über ihre Sozialkompetenzen und ihr Arbeitsverhalten. In den Abschlusszeugnissen finden sich die Kopfnoten bisher allerdings nicht. Auch Schüler haben ein gerechtfertigtes Interesse, ihr Sozialverhalten einschätzen zu können.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Kopfnoten zur Bewertung der sozialen Kompetenzen auch im Abschlusszeugnis.

Ja, zum gegliederten Schulsystem!

Das gegliederte Schulsystem Thüringens mit Grundschule, Regelschule und Gymnasium hat sich bewährt, denn es bietet den unterschiedlichen Begabungen entsprechend unterschiedliche Schularten. Der Regelfall der schulischen Bildung muss auch zukünftig, wie in der Thüringer Landesverfassung vorgesehen, in diesen Schulen stattfinden können. Das gegliederte Schulsystem wird durch andere Schulformen, wie beispielsweise Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen, ergänzt.

Weiterhin gilt für uns der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“. Deshalb wollen wir jungen Familien gerade im ländlichen Raum auch in Zukunft wohnortnahe Bildungsangebote zur Verfügung stellen.

Die FDP Thüringen setzt sich für die Stärkung der Regelschule ein, so dass sie wieder als Rückgrat unserer Schullandschaft dienen kann. Der auf den Haupt- oder Realschulabschluss ausgerichtete Unterricht bereitet optimal auf die Berufsausbildung vor und bietet gleichzeitig die Möglichkeit – beispielsweise über die Schulen der beruflichen Bildung – später ein Hochschulstudium aufzunehmen. Der auf den Hauptschulabschluss gerichtete Unterricht bietet gerade für Schüler, deren Stärken vor allem in praktischer und weniger in theoretischer Bildung liegen, nach wie vor einen wichtigen Weg zu Erlangung eines Schulabschlusses. Die tatsächliche Berufsbildungsreife muss dabei in den Mittelpunkt gestellt und ggf. durch individuelle Fördermaßnahmen unterstützt werden.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ den Erhalt des gegliederten Schulsystems mit Grundschule, Regelschule und Gymnasium.
- ✓ , dass die Landkreise und kreisfreien Städte mit ihrer Schulnetzplanung sicherstellen, dass jede Schulform des gegliederten Schulsystems in angemessener Zeit zu erreichen ist.
- ✓ die ideologisch geprägte Bevorzugung von Gemeinschaftsschulen, etwa bei der Zuweisung von Lehrerstunden gegenüber den anderen Schulformen, beenden.
- ✓ das Prinzip Fordern und Fördern jedes einzelnen Schülers, entsprechend seiner Leistungsfähigkeit, stärken.
- ✓ eine Offensive zur Begabtenförderung.
- ✓ , dass bei einem diagnostizierten sonderpädagogischen Förderbedarf auch in Zukunft die Förderzentren in freier Trägerschaft und des Landes zur Verfügung stehen.
- ✓ Förderschulzentren stärken,
- ✓ den Erhalt so vieler Grundschulstandorte wie möglich durch Kooperationen und Schulverbünde mit mehreren Standorten sowie die Unterstützung durch pädagogisch sinnvolle, digitale Lernmittel.
- ✓ die Stärkung der Regelschulen.
- ✓ den Erhalt des Hauptschulabschlusses und des darauf zugeschnittenen Unterrichts.
- ✓ eine enge Kooperation zwischen Schulen und lokaler Wirtschaft.

Mehr Qualität durch Wettbewerb

Ein echter Wettbewerb zwischen den Schulen nützt dem Schulsystem insgesamt. Die Familien sollen die Entscheidung darüber treffen, welche Schulform und welche Schule ihr Kind besucht.

Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft mit ihren Angeboten sowohl von Schularten des gegliederten Schulsystems als auch von alternativen Schulformen, sind eine Bereicherung und unverzichtbarer Bestandteil der Schullandschaft Thüringens. Im Wettbewerb mit den staatlichen Schulen brauchen sie aber sowohl bei der Gründung als auch im Betrieb faire Chancen.

Mehr Entscheidungen vor Ort treffen

Weil die Lehrer die schulischen Bedürfnisse ihrer Schüler am besten kennen, sind viele kleine Maßnahmen in der täglichen Arbeit vor Ort der beste Ansatzpunkt für individuelle Leistungsverbesserungen. Dazu brauchen die Schulen mehr Entscheidungskompetenzen in eigener Verantwortung. Gleichzeitig wollen wir das Qualitätsmanagement in den Schulen konsequent weiterentwickeln.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Stärkung der "Eigenverantwortlichen Schule", also den Ausbau der pädagogischen, personellen und finanziellen Autonomie der Schulen.
- ✓ die Wiederbesetzung vakanter Schulleiterstellen beschleunigen.
- ✓ eine gleichwertige Finanzierung der Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft.
- ✓ die Abschaffung des Kooperationsverbotes.

Wir brauchen bundesweit mehr Vergleichbarkeit – aber nur auf höchstem Niveau

Die in den letzten Jahren von den Ländern vereinbarten abschlussbezogenen Bildungsstandards sind ein erster Schritt zu mehr Vergleichbarkeit der föderalen Schulsysteme. Messlatte müssen aber unbedingt die Leistungsstandards in den besten Ländern sein. Auf keinen Fall darf es zu einer Qualitätsabsenkung auf das Niveau der Länder geben, in denen eine verfehlte Bildungspolitik zu Lernrückständen von teils mehreren Schuljahren geführt hat.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ verbindliche bundesweite Qualitäts- und Bildungsstandards für alle Schulabschlüsse, -formen und -stufen.
- ✓ den Erhalt und die Verteidigung des 12-Klassen-Abiturs in Thüringen.
- ✓ ein mitteldeutsches Abitur in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt auf Basis der Qualitäts- und Bildungsstandards mit gemeinsamen Aufgaben und Prüfungsterminen.

Kernkompetenzen stärken

Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen sind Grundlage eines umfassenden Bildungsverständnisses. In nahezu allen Berufsfeldern stellen sie eine Kernkompetenz dar. Persönlicher und gesellschaftlicher Wohlstand in der Zukunft hängen eng mit Kompetenzen aus dem sogenannten MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zusammen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Vermittlung guter Kenntnisse in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen an allen Schulen sicherstellen.
- ✓ bei erst vor kurzer Zeit eingeführten Querschnittsfächern wie Mensch-Natur-Technik (MNT) streng darauf achten, dass die Qualität der darin aufgehenden Unterrichtsinhalte gewährleistet bleibt und stetig evaluiert wird.
- ✓ den Erhalt des Faches Wirtschaft und Recht zur Vermittlung der Grundsätze des Unternehmertums.

Frühzeitig einstellen, um Lehrermangel und Unterrichtsausfall zu vermeiden

Die FDP Thüringen will eine Verbesserung der Bedingungen für den Unterricht im Fach Wirtschaft/Recht/Technik im Regelschulbereich zur gezielten Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung. Hier sind in erster Linie Fachlehrer auszubilden und daneben die sächlichen Bedingungen zu verbessern.

Das Durchschnittsalter der Thüringer Lehrerschaft ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Ganze Jahrgänge verlassen jetzt und in naher Zukunft den Schuldienst und gehen in den Altersruhestand. Der skandalöse Stundenausfall ist darauf zurückzuführen, dass in den letzten 20 Jahren zu wenige junge Lehrer eingestellt wurden.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ dafür sorgen, dass in den nächsten Jahren jeweils wenigstens 500 neue Lehrer in Vollzeit eingestellt werden.
- ✓ ein längerfristiges Personalentwicklungskonzept, das für alle Fächer und Schulformen das erwartungsgemäße Ausscheiden von Lehrkräften, die Schülerzahlentwicklung und so die Einstellungsbedarfe der nächsten Jahre abbildet.
- ✓ sicherstellen, dass der Ersatzbedarf mit konkreten und verlässlichen Einstellungskorridoren für jede Schulform und Fächerkombination untersetzt wird.
- ✓ gewährleisten, dass angehende Lehramtsstudierende sich verlässlich informieren können, mit welcher Fächerkombination sie die besten Chancen auf eine Einstellung in den Landesdienst haben.
- ✓ die ausufernde Abordnungspraxis beenden und abgeordnete Lehrer wieder für den Unterricht verfügbar machen – Lehrer gehören in den Unterricht und nicht in die Behörden!

Inklusion - Das Kindeswohl entscheidet

Die Schaffung eines inklusiven Schulsystems ist ein Gebot der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Die UN-Konvention verlangt aber keinesfalls, Inklusion mit der Brechstange zu betreiben oder gar das Förderschulsystem aufzugeben. Vielmehr ist insbesondere Art. 7 der UN-Behindertenrechtskonvention, der das individuelle Kindeswohl in den Mittelpunkt stellt, streng zu beachten.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ ein echtes und freies Wahlrecht der Eltern zwischen Förderschule und inklusiver oder integrierender Beschulung.

- ✓ die Unterstützung der Eltern bei der Schulwahl durch eine unabhängige und umfassende Beratung, insbesondere durch Sonderpädagogen und Mediziner.
- ✓ den Erhalt des Förderschulsystems mit einer angemessenen finanziellen Ausstattung.
- ✓ konventionelle Schulen schrittweise barrierefrei gestalten und mit sonderpädagogisch aus- und weitergebildetem Lehr- und Hilfspersonal ausstatten, so dass eine inklusive Beschulung unter Berücksichtigung der Anforderungen sonderpädagogischer Förderbedarfe möglich ist.

Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung bietet jungen Menschen die Möglichkeit, Fähigkeiten und Kenntnisse zu erwerben, die ihnen ihren eigenen Platz im gesellschaftlichen Zusammenleben sichern.

Der technische Fortschritt wird die Arbeitswelt und deren Anforderungen weiter tiefgreifend verändern. Die Zukunft unseres gesellschaftlichen Wohlstands hängt im Wesentlichen davon ab, inwieweit es gelingt, Fachkräfte in ausreichender Zahl hervorragend auszubilden und im Land zu halten.

In Deutschland werden viele Bildungsgänge im dualen System der Berufsausbildung absolviert, für die in anderen Ländern der Besuch einer Hochschule notwendig ist.

Für viele Berufsbilder ist die Arbeitswelt- und Praxisnähe der beruflichen Bildung geeigneter als ein Hochschulstudium. Die gemeinsame Ausbildung in Betrieb und Berufsschule sorgt für hervorragende Bedingungen zur Qualifikation des Fachkräftenachwuchses und damit einhergehend für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dies führt dazu, dass das duale System der Berufsausbildung mittlerweile weltweit kopiert wird.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ das Erfolgsmodell "Duale Berufsausbildung" wieder stärken, statt blind die Übertrittsquote an die Hochschulen zu steigern.
- ✓ die Qualität eines Bildungsgangs und die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen in den Mittelpunkt stellen.
- ✓ die Schaffung eines verbindlichen Einstellungskorridors für Berufsschullehrer, um Unterrichtsausfall oder fachfremd vertretenen Berufsschulunterricht auf ein Minimum begrenzen.
- ✓ entsprechend vorgebildeten Quereinsteigern den Weg als Lehrkraft für den fachpraktischen Unterricht erleichtern.
- ✓ Schulabgängern mit Mängeln an der Ausbildungsreife über eine gestufte Ausbildung mit Teilberufsabschlüssen den Einstieg in das Berufsleben ermöglichen und gleichzeitig den späteren Erwerb eines Vollberufsabschlusses gestatten.
- ✓ zur Stärkung des Innovationsstandorts Thüringen die vorhandenen Potenziale der dualen Ausbildung in den IT-Berufen nutzen und weiterentwickeln.

Möglichst kurze Wege zur Berufsbildenden Schule gewährleisten

Die Attraktivität der Berufsausbildung im dualen System hängt nicht zuletzt davon ab, dass eine berufsbildende Schule in erreichbarer Entfernung zum Wohn- oder zum betrieblichen Ausbildungsort ein Angebot vorhält. Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass eine verlässliche mittelfristige Berufsschulnetzplanung in Thüringen den Ausbildungsbetrieben und Ausbildungsinteressierten mehr Planungssicherheit gibt.

Aufgrund des demografischen Wandels ist allerdings absehbar, dass in Zukunft die Zahl der Ausbildungsberufe zunimmt, in denen der Berufsschulunterricht nur in Landesfachklassen und damit häufig weiter entfernt vom Wohn- oder Arbeitsort, angeboten werden kann. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass die freie Berufswahl durch hohe Fahrtkosten für die Auszubildenden ungerechtfertigt eingeschränkt wird.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Schulen der beruflichen Bildung in eigener Verantwortung auf Grundlage der Lehrerstundenzuweisung über die Bildung von Klassen entscheiden lassen, um kurzfristig schwankende örtliche Auszubildendenzahlen in einzelnen Jahrgängen und Berufsbildern auszugleichen.
- ✓ die Möglichkeit der Bildung von gemeinsamen Fachklassen für Berufe mit ähnlichen Ausbildungsinhalten durchsetzen.
- ✓ die Schaffung eines geförderten Ausbildungstickets für den ÖPNV nach Vorbild der Semester-tickets für Studierende.

Hochschulen

Die Thüringer Hochschulen befinden sich in einer schwierigen Lage. Rasant steigende Kosten, hohe Studierendenzahlen und Investitionsbedarf an Gebäuden und Technik werden vom Land nur zum Teil ausgeglichen. Im Ergebnis sind die Hochschulen chronisch unterfinanziert. Darunter haben Lehrende und der akademische Nachwuchs zu leiden.

Die wissenschaftsadäquate Steuerung über Rahmen-, Ziel- und Leistungsvereinbarungen ist ein hochschulpolitischer Fortschritt, der unbedingt weiter entwickelt werden sollte. Die weitgehende Rückabwicklung des beispielgebenden Wissenschaftsfreiheitsgesetzes Nordrhein-Westfalens durch Rot-Grün zeigt, dass Hochschulautonomie keine Selbstverständlichkeit ist.

Der Anteil der befristet und unfreiwillig, nur in Teilzeit Beschäftigten auf sehr kurz befristeten und auf sehr kleinen Teilzeit-Stellen an den Hochschulen, hat sich in den letzten Jahren zu stark vergrößert. Die Vereinbarkeit von Familie und akademischer Karriere ist unter diesen Umständen nicht möglich. Die Hochschulen müssen ein Gleichgewicht zwischen der unbedingt notwendigen Flexibilität bei Nachwuchsstellen und den legitimen Interessen der Betroffenen finden.

Ohne attraktive Arbeitsbedingungen werden unsere Hochschulen in Zukunft nicht in der Lage sein, exzellente Nachwuchswissenschaftler zu gewinnen und zu halten. Der derzeitige Zustand des Abbaus des sog. Akademischen Mittelbaus ist aus wissenschaftspolitischer Sicht unhaltbar! Es bedarf dringend akademischer Dauerstellen, die eine gute Lehre durchweg und auf allen Gebieten garantieren können.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Stärkung des Akademischen Mittelbaus.
- ✓ verlässliche rechtliche und finanzielle Vorgaben des Landes für Entwicklungsplanung der Hochschulen im Rahmen einer weitgehenden Hochschulautonomie.
- ✓ die Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit sichern.
- ✓ , dass sich die Hochschulen in ihren Schwerpunkten eigener Verantwortung stärker profilieren.
- ✓ Doppelstrukturen im Lehrangebot vermeiden, wenn sie keinen profilprägenden Charakter haben oder für die Untersetzung des restlichen Lehrangebots nicht erforderlich sind.
- ✓ , dass das Land Thüringen zielorientiert handelt, wenn in Nachbarregionen Angebote entfallen: nach dem Wegfall des Studiengangs Pharmazie in Leipzig sollte dieser an der FSU in Jena verstärkt angeboten werden.
- ✓ die Kooperationen zwischen Hochschulen deutlich stärken, ausweiten und vom Land mit entsprechenden Anreizen unterstützen.
- ✓ eine Weiterentwicklung der Berufsakademien Gera und Eisenach zu dualen Hochschulen
- ✓ , dass die mit dem Land vereinbarten Strukturen auch bei Kostensteigerungen ausfinanziert werden.
- ✓ den Anteil der Grundmittel an den Landeszuweisungen deutlich erhöhen.
- ✓ die Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbots.
- ✓ den Hochschulen ermöglichen, unter der Maßgabe einer auskömmlichen Finanzierung eigenverantwortlich die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses verbessern.
- ✓ den Abbau von Bürokratie an Hochschulen.
- ✓ auch in Zukunft die Möglichkeit der Einwerbung von Drittmitteln erhalten.

2. Wirtschaft

Im Mittelstand ist Verantwortung Lebensprinzip. Jeden Tag übernehmen klein- und mittelständische Unternehmer, Freiberufler, Selbstständige und Handwerker bewusst Verantwortung für sich, ihre Kunden, ihre Angestellten und deren Familien. Dies ist gelebte soziale Verantwortung. **Thüringen ist das Land der Unternehmer** und muss es auch in Zukunft dank liberaler Wirtschaftspolitik bleiben.

Grundlegende Rahmenbedingungen für einen innovativen, unbürokratischen und unternehmerfreundlichen Freistaat

Thüringen verfügt über gute Voraussetzungen, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Die Thüringer sind leistungsbereit, flexibel und innovativ. Sie zeigen täglich Erfindungsreichtum und Unternehmergeist. Doch das gelingt uns zukünftig nur mit leistungsfähigen Unternehmen und motivierten Arbeitnehmern. Thüringen hat aufgrund seiner zentralen Lage auch eine wichtige Funktion für den Verkehr in Deutschland und Europa. Eine intakte Infrastruktur ist deshalb ein wichtiger Standortfaktor. Die Förderung wachstumssträchtiger Innovationen und die Deckung des Fachkräftebedarfs sind die Herausforderungen der kommenden Jahre und Schwerpunkte liberaler Wirtschaftspolitik. Dazu müssen wir grundlegende Rahmenbedingungen für einen innovativen, unbürokratischen und unternehmerfreundlichen Freistaat schaffen und die Wirtschaftspolitik Thüringens neu ausrichten. Unser Freistaat braucht weniger Vorschriften, dafür mehr Unternehmergeist, Risikobereitschaft und Verantwortung außerhalb staatlicher Institutionen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ den Abbau von unnötigen bürokratischen Hürden.
- ✓ die Selbstbestimmung der Unternehmer bei der betrieblichen Weiterbildung.
- ✓ die gezielte Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen durch den Abbau der kalten Progression.
- ✓ eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- ✓ eine Verringerung der Abgabenlast für Unternehmen.
- ✓ die Begrenzung der Kosten für die Energiewende.
- ✓ eine Wirtschaftsförderung mit klaren und messbaren Leistungskriterien.
- ✓ die Vereinfachung des wegen derzeit ineffizienten und mit vergabefremden Kriterien überladenen Thüringer Vergaberechts.
- ✓ eine faire Vergabepaxis, die einheimische Unternehmen nicht benachteiligt.
- ✓ Beibehaltung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergabe in den Bereichen VOL/A und VOB/A in Thüringen.
- ✓ Anhebung der Wertgrenze für einen Direktkauf auf mindestens 2500 Euro.

- ✓ Veröffentlichung von Ausschreibungen aller Vergabestellen, auch der kommunalen Auftraggeber, auf der Thüringer Vergabepattform.
- ✓ eine unternehmensorientierte Verkehrs- und Infrastrukturpolitik.
- ✓ den ICE-Knotenpunkt in Erfurt nutzen, damit Erfurt und Thüringen in Europa zu zentralen Kongressstandorten werden.
- ✓ eine Stärkung des Mittelstandes gegenüber öffentlichen Betrieben.

Unternehmen auf Wachstumskurs bringen - einfache und transparente Förderpolitik

Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat die kleinteilige Wirtschaftsstruktur (über 95 % der Thüringer Unternehmen sind klein- und mittelständisch (KMU) geprägt) zu Gunsten von Prestigeprojekten bzw. Großunternehmen vernachlässigt. Eine thüringengerechte Wirtschaftspolitik muss sich wieder mehr an der Wirtschaftsstruktur Thüringens orientieren, um unsere KMU auf Wachstumskurs zu bringen. Wir wollen Thüringer Unternehmen beim Wachstum und der Bildung einer branchenüblichen Eigenkapitalausstattung durch eine effektive Wirtschaftsförderung unterstützen. Wir wollen die unspezifische Förderung der vergangenen Jahre zugunsten einer verstärkten Forschungs- und Entwicklungs- Förderung (FuE) ablösen. Des Weiteren muss die Wirtschaftsförderungs- und Ansiedlungspolitik des Landes nicht nur die Thüringer Zentren (bspw. Erfurt), sondern ganz Thüringen im Blick behalten.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ den Verzicht auf einseitige Förderung von wenigen Großunternehmen.
- ✓ die Umstellung der Förderung auf zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen, die aus revolving-fonds gespeist werden.
- ✓ eine auf den Bedarf der Wirtschaft und praktische Anwendbarkeit abzielende Wissenschaftsförderung.
- ✓ die Förderprogramme sowie die Nachweise unbürokratisch ausgestalten, zeitnah prüfen und die Zuweisung der Förderung transparent und nachvollziehbar gestalten.
- ✓ die Förderinstrumente intensiver nach dem Anspruch "Hilfe zur Selbsthilfe" ausrichten.
- ✓ die Förderinstrumente in einer einheitlichen Gründungs-, Beratungs- und Anlaufstelle für Investoren und Gründer konzentrieren.
- ✓ vorhandene Branchenschwerpunkte weiter ausbauen und durch umfassende strategische Positionierung die verschiedenen Zukunftsbranchen im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken.
- ✓ die Wirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik nicht nur in den Zentren des Freistaates.
- ✓ ein Außenwirtschaftskonzept aufstellen.

Fachkräfte in Thüringen fordern und fördern

Das Fehlen von Fachkräften in Thüringen hemmt das Wachstum von Unternehmen und bedroht bereits die Unternehmensnachfolge von Thüringer Unternehmen. Wir müssen heute nicht nur eigene Fachkräfte frühzeitig fordern und fördern, sondern auch die Zuwanderungs- und Integrationspolitik verstärkt am Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren.

Der Pendler-Saldo des Freistaats ist negativ. Gegenwärtig pendeln tausende Auszubildende nach Bayern, Hessen und Sachsen. Thüringen muss daher verstärkt Anreize schaffen, dass junge Menschen für ihre Ausbildung in der Heimat bleiben. Zudem bietet die europäische Freizügigkeit Chancen zur Gewinnung von Fachkräften, birgt aber auch Risiken durch die gleichlaufende Möglichkeit der Abwanderung aus Thüringen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ eine frühzeitige und vor allem umfassende Berufsorientierung an allen allgemein bildenden Schulen, um die dramatisch hohe Zahl an Ausbildungsabbrechern zu reduzieren.
- ✓ die Handwerksverbände und Innungen, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern und deren Ausbildungsangebote vermehrt im Rahmen des dualen Bildungssystems an berufsbildenden Schulen einbinden.
- ✓ Konzepte für ein lebenslanges Lernen durch Fort-, Aus- und Weiterbildungen unterstützen - die FDP ist der Garant dafür, dass die mittelständische Wirtschaft in Thüringen ihre Weiterbildung eigenverantwortlich und im Sinne ihrer Mitarbeiter und der Zukunft des Unternehmens festlegen kann.
- ✓ die Rahmenbedingungen für die Aufnahme eines Studiums oder einer Lehre und die Erwerbstätigkeit ausländischer Bürger verbessern und bürokratischen Hemmnisse abbauen.
- ✓ den vollen Sozialversicherungsbeitrag erst ab einer Verdienstgrenze von 1000 Euro gelten lassen.

Integration in den 1. Arbeitsmarkt hat Vorrang

Fachkräfte fehlen, gleichzeitig gibt es viele Langzeitarbeitslose, die oft außerhalb der Gesellschaft stehen. Doch der Arbeitsmarkt ist völlig überreguliert. Vermeintlich im Arbeitnehmerinteresse stehende Regelungen verhindern neue Arbeitsplätze und die Interessen der Arbeitslosen kommen zu kurz. Die starren und übertriebenen arbeitsrechtlichen Vorschriften führen dazu, dass Unternehmen Neueinstellungen vermeiden. Die Zeitarbeitsbranche hat erheblich zum Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beigetragen, eine weitere Regulierung ist nicht erforderlich.

Des Weiteren ist der Freistaat Thüringen im bundesweiten Vergleich Spitzenreiter bei der Beschäftigung der Generation 50 Plus. Die Erfahrungen und das Wissen älterer Arbeitnehmer sind wichtige Erfolgsfaktoren für Thüringer Unternehmen.

Für uns zählt der erste Arbeitsmarkt besonders. Im Interesse der Integration der Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt lehnen wir die Einführung eines staatlich verordneten einheitlichen Mindestlohns ab. Ein gesetzlicher Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze und erschwert den Zugang zum Arbeitsmarkt für Berufsanfänger und Langzeitarbeitslose. Kann ein Arbeitnehmer im ersten Arbeitsmarkt das Existenzminimum durch Erwerbstätigkeit nicht verdienen, muss neben dem Erwerbseinkommen ein staatlicher Zuschuss treten.

Dabei gilt für uns immer der Grundsatz: Wer arbeitet, muss stets über ein höheres Einkommen verfügen als jemand, der keiner Arbeit nachgeht. Erwerbstätigkeit muss sich lohnen. Das Modell der Großen Koalition lehnt die FDP Thüringen ab.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Förderinstrumente und -maßnahmen ausschließlich an den Bedürfnissen der Arbeitssuchenden ausrichten.
- ✓ das Modell der Bürgerarbeit als Gegenleistung der leistungspflichtigen Empfänger oder als soziale Hilfen für die Allgemeinheit, jedoch nicht als Konkurrenz zu wirtschaftlichen Unternehmen.
- ✓ flexiblere Regelungen für den Renteneintritt, um eine selbstgewollte längere Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen.

Forschungs- und Technologiepolitik

Als Beispiel hierfür sehen wir Liberale unseren Freistaat auch als IT-Standort mit Potential zur Innovationsführerschaft. Daher müssen die Grundlagen – u.a. umfangreiche Programmierkenntnisse – für eine erfolgreiche IT-Gründergeneration auch in Thüringer Berufsschulen gelehrt werden.

Eine globalisierte Welt ist eine Chance für unser Land. Innovative Produkte, Produktionsverfahren, kreative Köpfe und Dienstleistungen, die im internationalen Wettbewerb bestehen, sichern künftig das Wachstum, den Wohlstand und die Beschäftigung in Thüringen. Billige Massenfertigung oder eine reine Dienstleistungswirtschaft sind für unser Land keine Zukunftsperspektiven. Unsere Zukunft liegt in einer wissensbasierten Volkswirtschaft und dem geistigen Potential unserer Menschen. Eine innovative Wirtschaft ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft, darauf müssen wir uns konzentrieren. Dafür sind Forschung und Entwicklung unerlässlich. Thüringen muss ein moderner Standort in Europa werden.

Die Verbindung von Wirtschaft und Forschung wird der ausschlaggebende Faktor in dieser Entwicklung sein. Thüringen hat gute Potentiale, aber auch Aufholbedarf, der in den letzten Jahren größer geworden ist. Die FDP Thüringen beendet jahrelange Förderungen nach dem Gießkannenprinzip. Die zukunftssträchtigen Branchen sollen in die Lage versetzt werden, nach einer Anschubfinanzierung auf eigenen Beinen zu stehen.

Aus der Dominanz der kleinen Betriebe in Thüringen ergeben sich mit Blick auf Forschung und Entwicklung (FuE) bzw. Wissen- und Technologietransfer spezifische Probleme. Jedoch gibt es zu FuE keine Alternative, wenn Unternehmen auf dem Markt erfolgreich bestehen wollen. So fehlen gerade den kleineren Betrieben die finanziellen Mittel, um eigene FuE-Projekte durchzuführen. Die Selbstfinanzierungskraft dieser oftmals aus Wissenschaftseinrichtungen ausgegründeten und in der Regel sehr forschungsintensiven Firmen reicht in der Regel nicht aus, um FuE-Aktivitäten in ausreichendem Ausmaß durchzuführen oder an Ausschreibungen auf EU-Ebene zu profitieren.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ den Wissens- und Technologietransfer intensivieren und transparenter gestalten, um die Forschungsergebnisse schneller in neue Verfahren und Produkte umsetzen.
- ✓ Existenzgründer aus den Hochschulen ermutigen und gezielt fördern.
- ✓ vorhandene industriegetriebene Branchenschwerpunkte (Cluster) weiter ausbauen und durch eine umfassende strategische Positionierung die verschiedenen Zukunftsbranchen im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken.
- ✓ die FuE-Förderung finanziell aufstocken.
- ✓ die Förderungen grundsätzlich degressiv ausgestalten, allein schon um Gewöhnungseffekte zu vermeiden.
- ✓ mit den Hochschulen und Patentverwertungsgesellschaften den Technologietransfer beschleunigen und effizienter gestalten.

FDP Thüringen als Garant für weniger Bürokratie

Das Ausmaß der Bürokratie hemmt die Innovationskraft und den unternehmerischen Erfolg des Thüringer Mittelstands. Unnötige bürokratische Belastungen müssen schnell abgebaut werden. Nur mit uns wird es eine Initiative „Bürokratieabbau“ geben. Das Thema Bürokratieabbau muss Priorität in der Thüringer Wirtschaftspolitik besitzen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ bestehende Gesetze und Vorschriften vereinfachen und wenn möglich, abschaffen sowie mithilfe eines Standarderprobungsgesetzes kostentreibende Standards zu vermeiden bzw. abzubauen.
- ✓ einen "Bürokratie-TÜV" (z. B. Bürokratiekostenmessung) für neue Gesetze, mit dem sie auf Notwendigkeit und Auswirkungen für Unternehmen wie zum Beispiel beim Thüringer Vergabegesetz überprüft und revidiert werden können.
- ✓ eine Aufgabenkritik zur Überprüfung der Verwaltungsapparate hinsichtlich größerer Effizienz und Flexibilität und keine weitere Ämterschacherei in den Ministerien.
- ✓ die Einführung einer umfassenden Ist-Besteuerung, Betriebe sollen nur tatsächlich eingekommene Umsatzsteuer abführen.
- ✓ die Rücknahme der Regelung zur vorfristigen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge auf Bundesebene auf den Weg bringen.
- ✓ den Standort Thüringen durch schnelle Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren stärken.
- ✓ die Vielzahl der in der letzten Legislaturperiode entwickelten Agenturen, Initiativen und Offensiven effizienter gestalten und Doppelstrukturen abschaffen (bspw. GreenTech, ThAFF, ThINKA).
- ✓ Geschäftsprozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung noch stärker als bisher elektronisch gestalten (e-Gouvernement).
- ✓ keine Umweltzonen, keine Bettensteuern und kein Bildungsfreistellungsgesetz

Bedarfsgerechte Ladenöffnung

Die Ladenöffnungszeiten müssen sich an den Bedürfnissen der Verbraucher und der Unternehmen orientieren. Kein Unternehmer wird sein Geschäft öffnen, wenn es sich für ihn nicht lohnt. Ein Samstagstarbeitsverbot lehnt die FDP strikt ab. Die Bedürfnisse von Ladenöffnung am Sonntag, aber auch die mit der Sonntagsruhe verbundenen Traditionen, sind regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Der Thüringer Handel verdient mehr Gestaltungsspielraum.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ das Samstagstarbeitsverbot in Thüringer Verkaufsstellen aufheben.
- ✓ das eigenverantwortliche Entscheiden der Kommunen bei der Wahl der verkaufsoffenen Adventsontage.
- ✓ den Kommunen die eigenverantwortliche Entscheidung über einen fünften verkaufsoffenen Sonntag aus Anlass besonderer regionaler Ereignisse, insbesondere von traditionellen Straßenfesten, Weihnachtsmärkten und örtlich bedeutenden Jubiläen, überlassen.

Tourismus für Thüringer besser nutzen

Tourismus ist nicht nur als Wirtschaftsfaktor von erheblicher Bedeutung, sondern kann auch dazu beitragen, das Bild Thüringens als einem kulturell vielfältigen, schönen, weltoffenen, kulinarischen sowie sportlichen Freistaat nach außen zu vermitteln.

Daher wollen wir die Potentiale des Tourismus in Thüringen besser ausschöpfen. Regionale bzw. lokale Tourismusförderung muss Aufgabe der Landkreise und Kommunen bleiben.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Verzahnung der touristischen Angebote bzw. einzelner Regionen unter Beachtung regionaler Besonderheiten.
- ✓ das "Lutherland Thüringen" und die Bedeutung der Residenzstädte Thüringens stärker vermarkten.
- ✓ die Bettensteuer in Thüringer Städten und Kommunen abschaffen.
- ✓ die stärkere Gesamtvermarktung des "Grünen Herzens" sowie attraktivere Förderung des ländlichen Raums und des Thüringer Waldes.
- ✓ länderübergreifende Vermarktung von überregionalen Tourismuszielen – Rhön, Harz, Vogtland, Eichsfeld.
- ✓ die Rundfunkgebühren bei Pensionen und Hotels nach tatsächlicher Zimmerauslastung bemessen.

Nachhaltige Energiepolitik für Thüringen

Die FDP Thüringen will eine bezahlbare, sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Nachdem die erneuerbaren Energien über ein Jahrzehnt Zeit hatten, sich zu etablieren, muss jetzt die Marktintegration im Fokus stehen. Es ist unabdingbar, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu entschleunigen, um ihn mit dem notwendigen Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze sowie der Entwicklung von Speichertechniken zu synchronisieren.

Wir folgen deshalb der Empfehlung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und fordern ein Moratorium des EEG, damit Markt- und Netzintegration beim Zubau von erneuerbaren Energien gesichert sind. Darüber hinaus gilt es, die Sicherheit der Energieversorgung sicherzustellen. Dazu brauchen wir mehr Markt und weniger Planwirtschaft.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ als Sofortmaßnahme die Absenkung der Stromsteuer.
- ✓ , dass weiterhin auch konventionelle Kraftwerke ihren unverzichtbaren Beitrag zur Absicherung der fluktuierenden Energieerzeugung leisten.
- ✓ weg vom Einspeisevorrang für erneuerbare Energien.
- ✓ einen Netzausbau mit Augenmaß.
- ✓ verstärkt in Forschung und Entwicklung wie z. B. bei Speichertechnologien investieren.
- ✓ einen europäisch abgestimmten Energie-Binnenmarkt der regionalen Entscheidungen Akzeptanz gibt.
- ✓ eine Energieversorgung im Wettbewerb verschiedener Anbieter mit mehr Transparenz bei der Gestaltung der Energiepreise.
- ✓ den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien wirtschaftlich gestalten und mit dem Netzausbau und der Entwicklung von Speichertechnologien harmonisieren.
- ✓ eine verpflichtende Direktvermarktung für Neuanlagen.
- ✓ dass Zwangsmaßnahmen für Hauseigentümer zur energetischen Gebäudesanierung ohne einen Nachweis der Wirksamkeit, der Wirtschaftlichkeit und angemessener Refinanzierung durch Energieeinsparungen nicht durchgesetzt werden dürfen.

3. Innen und Recht

Bürgerrechte bewahren – Sicherheit gewährleisten

Die FDP ist davon überzeugt, dass staatliche Eingriffsbefugnisse nicht allein aufgrund von abstrakten Sicherheitsbedürfnissen ausgeweitet oder neu geschaffen werden dürfen. Eingriffe in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, auch die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den Staat, bedürfen stets konkreter und tatsächlicher Begründungen. Nur allzu oft dient eine vermeintliche Verbesserung des persönlichen Sicherheitsempfindens dazu, Freiheitsrechte auszuhöhlen und totalitäre Überwachungsmechanismen zu installieren. Daher wollen wir die Befugnisse der Polizei- und Ermittlungsbehörden, die in die Freiheit der Bürger eingreifen, auf das zur effektiven Gefahrenabwehr und Strafverfolgung notwendige Maß beschränken. Die FDP lehnt deshalb die anlasslose Vorratsdatenspeicherung strikt ab.

Die FDP Thüringen wird sich vehement gegen den Einsatz des sog. Staatstrojaners und somit gegen die Durchführung und die bisherige Ausgestaltung der sog. Quellen-Telekommunikationsüberwachung einsetzen. Die dabei bestehende Gefahr der Erfassung von Inhalten aus dem Kernbereich privater Lebensführung und die Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG) und in die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) sind aus liberaler Sicht nicht vertretbar. Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass keine Daten erfasst werden, die nicht von der jeweiligen Rechtsgrundlage abgedeckt sind. Eine pauschale Verwendung beispielsweise von Mautdaten für Zwecke der allgemeinen Gefahrenabwehr lehnt die FDP Thüringen ab.

Wir wollen den Schutz privater Daten in Thüringen weiter verbessern. Der Thüringer Datenschutzbeauftragte hat die Aufgabe, die Einhaltung des Thüringer Datenschutzgesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes bei allen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen in Thüringen zu kontrollieren, um das Recht auf Schutz von personenbezogenen Daten zu wahren. Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass dem Thüringer Datenschutzbeauftragten eine personelle Ausstattung zur Verfügung steht, die gewährleistet, dass auch in Zukunft private Daten im öffentlichen und im nicht-öffentlichen Bereich geschützt werden. Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass der Datenschutz für Beschäftigte (Arbeitnehmerdatenschutz) schnellstmöglich verbessert wird. Ein hohes Datenschutzniveau nur in Thüringen und Deutschland reicht im digitalen Zeitalter nicht aus. Deshalb setzen wir uns für ein hohes Schutzniveau bei der künftigen EU-Datenschutzverordnung ein. Hier muss ein modernes, technikfestes Datenschutzrecht geschaffen werden. Für Staat und Wirtschaft muss Datenschutz höchste Priorität haben. Im gesellschaftlichen Bereich setzen wir auf den mündigen Menschen und wollen den Selbstschutz stärken. Kinder und Jugendliche wachsen zunehmend mit modernen Kommunikationsmitteln und sozialen Netzwerken auf. Deshalb kann man auch noch nach vielen Jahren Informationen im Netz finden, die man selber oder andere über einen ins Netz gestellt haben.

Wir setzen uns deshalb für ein Recht auf Vergessen im Netz ein, indem hochzuladende Daten zeitlich beschränkt zur Verfügung stehen und der Verbraucher die zeitliche Verfügbarkeit der Daten im Netz selbst festlegt.

Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab, da es als Mittel zur Gefahrenabwehr nur bei Vorliegen bestimmter Sachverhalte überhaupt brauchbar ist.

Gegenwärtig ist der größte Skandal in diesem Bereich die Überwachung und Ausspähung der deutschen Wirtschaft und des gesamten persönlichen und staatlichen Bereichs in Deutschland durch ausländische Geheimdienste (USA und Großbritannien sowie Russland und China). Für uns als Liberale Partei, die besonders den Bürgerrechten verpflichtet ist, ist es selbstverständlich, dass wir uns dagegen verwehren. Wir wollen die Öffentlichkeit aufrütteln und die Landesregierung dazu bringen, ihren Einfluss im Bund geltend zu machen, unsere Bürger zu schützen. Es ist kein Argument, dass bei diesem Thema bundes- und außenpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Jedermann ist von Spionage betroffen. In dem Sinne sollten auch Verträge Anbietern von Virensoftware der Landes- und Kommunalverwaltungen kritisch überarbeitet werden. Hier ist auf deutsche Anbieter zu setzen, die nicht für NSA oder FSB die Hintertür auf machen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ keine Wiedereinführung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung.
- ✓ jeglichen Einsatz des sog. Staatstrojaners stoppen.
- ✓ den Datenschutz im öffentlichen und im nicht-öffentlichen Bereich sowie den Arbeitnehmerdatenschutz verbessern.
- ✓ den Datenschutzbeauftragten zu einer wirkungsvollen Datenschutzinstanz weiterentwickeln.
- ✓ ein Recht auf Vergessen im Internet.
- ✓ den Schutz vor Wirtschaftsspionage.
- ✓ keine staatliche Datenhehlerei (Beispielsweise keinen Ankauf von Steuer-CDs).
- ✓ keine flächendeckende Videoüberwachung.

Polizei gut ausstatten – Gläserner Staat und keine gläsernen Bürger

Das Thüringer Polizeiaufgabengesetz braucht eine stärkere liberale Handschrift, um einen höheren Datenschutzstandard zu gewährleisten und die Verhältnismäßigkeit zwischen den ausufernden Eingriffsbefugnissen und den Freiheits- und Persönlichkeitsrechten wieder herzustellen. Da wir das aktuelle Polizeiaufgabengesetz weiterhin für verfassungswidrig halten, haben wir vor dem Thüringer Verfassungsgericht eine Normenkontrollklage eingereicht. Wir sind der Überzeugung, dass Sicherheit nicht dadurch garantiert wird, dass die Thüringer Bürgerinnen und Bürger immer mehr Eingriffen in ihre Freiheitsrechte ausgesetzt werden, z.B. durch eine ausufernde Videoüberwachung.

Sicherheit wird durch eine gute Präsenz der Thüringer Polizei in der Fläche und somit in der Nähe der Thüringer Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet. Es ist nach Auffassung der FDP Thüringen darauf zu achten, dass die Polizei endlich von unnötiger Bürokratie entlastet wird, damit sie wieder ihrer eigentlichen Polizeiarbeit nachgehen kann.

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass wieder mehr junge, motivierte und gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten in Thüringeneingestellt werden. Hierdurch kann die zunehmende Anzahl von Altersabgängen frühzeitig kompensiert und gleichzeitig wichtige Erfahrungen von gestandenen Polizeibeamten an junge Kollegen weitergegeben werden. Flexiblere Arbeitszeitregelungen und eine attraktivere Ausgestaltung versorgungsrechtlicher Regelungen können zusätzlich dazu beitragen, dass junge Polizistinnen und Polizisten schneller in freie bzw. frei werdende Positionen nachrücken können. Aber auch durch bessere Aufstiegschancen (Beförderungsstau abbauen) will die FDP Thüringen zur Erhöhung der Attraktivität des Polizeiberufes beitragen.

In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat muss hoheitliches Handeln individualisierbar und transparent sein. Deswegen setzt sich die FDP Thüringen dafür ein, dass auch im Bereich der Polizei eine bessere Identifizierbarkeit gewährleistet wird. Durch eine anonymisierte Polizeikennzeichnung ist nach Ansicht der FDP Thüringen die notwendige Transparenz aber auch der Schutz des einzelnen Polizisten hinreichend gewahrt. Das verbessert den Rechtsschutz der Betroffenen. Gleichzeitig kann sich aber auch der rechtskonform handelnde Polizist von ungerechtfertigten Vorwürfen besser entlasten.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Änderung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes.
- ✓ die Entlastung der Polizei von Bürokratie für eine größere Präsenz vor Ort.
- ✓ die Neueinstellung von jungen, motivierten und gut ausgebildeten Polizisten.
- ✓ den Abbau des Beförderungsstaus.
- ✓ einen verbesserten Rechtsschutz auch für Polizisten durch anonymisierte Kennzeichnung.
- ✓ Präventionsarbeit für Kinder und Jugendliche in den Polizeiinspektionen erhalten.

Für ein weltoffenes, tolerantes und bürgernahes Thüringen

Wir fragen nicht, woher jemand kommt. Wir fragen, wohin er mit uns will. Wer an unserer Gesellschaft teilhaben möchte und die Sprache als Schlüssel zur Integration versteht, wer sich in unser Gesellschaftsleben einbringen will, wer die Wertordnung unseres Grundgesetzes akzeptiert, der soll bei uns ein neues Zuhause finden können. Eine fehlerhafte oder gar ignorante Integrationspolitik schadet unserer Gesellschaft insgesamt.

Asylrecht ist Menschenrecht

Bei der Bewältigung humanitärer Krisen ist Deutschland in der Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen. Für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ein Bleiberecht in Deutschland erhalten haben, fordert die FDP Thüringen verbesserte Maßnahmen zur Integration. Insbesondere bei der beruflichen Eingliederung sehen die Liberalen für diesen Personenkreis noch einen erheblichen Handlungsbedarf. Gewaltbereiter Extremismus, egal ob von rechts, von links oder aus dem islamistischen Umfeld, muss vom wehrhaften demokratischen Rechtsstaat politisch, aber auch mit den Mitteln des Rechts konsequent bekämpft werden. Nach unserer Auffassung gehört neben Präventions- und Ausstiegsprogrammen und einer gut ausgestatteten Polizei auch das Landesamt für Verfassungsschutz dazu, unsere demokratische Freiheit vor Extremisten zu schützen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ dass Organisationen und Vereine, die Fördermittel für Programme zur Prävention oder Ausstieg aus dem Extremismus erhalten, ein Bekenntnis zum Grundgesetz ablegen müssen.
- ✓ Integrationspolitik nicht als milde Gabe sondern als Chance verstehen.
- ✓ bessere Integrationsmöglichkeiten (Sprache ist ein Schlüssel zur Integration).

Landesamt für Verfassungsschutz reformieren

Die FDP Thüringen setzt sich – vor allem nach den jüngsten Erfahrungen - dafür ein, dass das Landesamt für Verfassungsschutz reformiert wird. Unter anderem müssen Informations- und Kommunikationsdefizite zwischen den Verfassungsschutzbehörden und der Polizei durch institutionelle Reformen konsequent abgestellt, die Regelungen zur Führung von V-Leuten eingeschränkt und gesetzlich fixiert werden und regelmäßige und gründliche Schulungen beim Landesamt für Verfassungsschutz und der Polizei erfolgen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ das Landesamt für Verfassungsschutz durch Zusammenlegung der drei Ämter (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) zu einer gemeinsamen mitteldeutschen Behörde reformieren.

Funktionsfähigkeit und Effizienz der Feuerwehr, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes verbessern

Das ehrenamtliche Engagement der vielen Helfer, speziell in den Freiwilligen Feuerwehren, beim THW und den Sanitäts- und Hilfsdiensten, wollen wir weiter stärken. Das Ehrenamt ist und bleibt das Rückgrat der Gesellschaft in Thüringen, weshalb wir auch Bestrebungen, die die ehrenamtliche Tätigkeit in verantwortungsvoller Position bei den Zivilschutzeinheiten gefährden, insbesondere auf euro-

päischer Ebene, weiter entgegnetreten werden. Der demographische Wandel und Abwanderungen vor allem junger Leute erschweren immer mehr die Nachwuchssicherung im Rettungsdienst, im THW und bei den Freiwilligen Feuerwehren. Die FDP Thüringen setzt sich im Rettungswesen u.a. für einen Übergang vom Rettungsassistenten zum Notfallsanitäter ohne starre Übergangsfristen, ein.

In der 5. Legislaturperiode hat die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag durch die Förderung des Erwerbs eines Lkw-Führerscheins darauf hingewirkt, dass die handelnden Akteure im Brand- und Katastrophenschutz gestützt und gestärkt wurden. Diesen erfolgreichen Kurs wollen wir weiter fortsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Thüringen neue Anreize und Unterstützungsmöglichkeiten für ehrenamtlich Tätige im Bevölkerungsschutz geschaffen werden und dass insbesondere die Akzeptanz in Unternehmen für das Engagement von Mitarbeitern in den Freiwilligen Feuerwehren verbessert wird.

In Auswertung der Hochwasserkatastrophe 2013 war feststellbar, dass sich der Thüringer Katastrophenschutz grundsätzlich bewährt hat. Gleichwohl gibt es in einigen Bereichen noch Optimierungsbedarf. Nach Auffassung der FDP Thüringen muss in Zukunft ein flächendeckendes Alarmierungssystem für die Bürger sowie eine zentrale Informationsmöglichkeit der Einsatzkräfte geschaffen und eine angemessene Ausstattung der Katastrophenschutzbehörden gewährleistet werden.

Starke Kommunen - Schlanker Staat

Kommunen als „Keimzelle der Demokratie“ begreifen

Für die FDP Thüringen ist der Erhalt von Gemeinden und Kreisen kein Selbstzweck sondern wesentliche Voraussetzung, um politische Mitbestimmung in unserer demokratischen Gesellschaft lebendig zu erhalten. Die FDP Thüringen bekennt sich ausdrücklich zum Ausbau und zur Unterstützung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Gemeinden als kleinste Einheiten sind ein wichtiger Bestandteil der föderalen Struktur und werden daher zu Recht als „Keimzelle der Demokratie“ bezeichnet. Subsidiarität zu gewährleisten und zu fördern heißt für die FDP Thüringen aber auch, Eigenverantwortung zu fordern.

Bürgernähe und aktive Teilhabe schaffen Vertrauen in die Politik. Sie sind wichtige Bestandteile der demokratischen Legitimation und Akzeptanz staatlichen Handelns. Der Erhalt der Eigenständigkeit von Gemeinden ist Voraussetzung und Garantie dafür. Bürger, die sich durch Vorgaben weit entfernt tagender, anonymer Gremien ihrer Chancen auf Wahrnehmung jeglicher aktiven Mitgestaltung beraubt fühlen, werden sich vom politischen Geschehen abwenden.

Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Kommunen mit mehr Handlungsfreiheit ausgestattet werden und somit in eigener Verantwortung über ihre Belange entscheiden können.

Die FDP Thüringen hat sich seit langem dafür eingesetzt, dass Thüringer Kommunen auf die Erhebung von Beiträgen im Sinne des Kommunalabgabengesetzes ggf. verzichten können, wenn die Steuereinnahmen der jeweiligen Gemeinde dafür ausreichen. Damit wird vor Ort Verantwortung übernommen und somit gleichzeitig die Gestaltungsmöglichkeiten erhöht.

Die FDP Thüringen wird sich weiter für die Stärkung und Verbesserung der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) in Thüringen einsetzen. Durch eine verstärkte freiwillige Zusammenarbeit können die Kommunen dem wachsenden Wettbewerbsdruck und den steigenden Handlungsanforderungen wirksam begegnen, ohne auf ihre Eigenständigkeit verzichten zu müssen. Die stärkere Etablierung der IKZ in Thüringen ist eben nicht allein die Aufgabe der Kommunen. Sie ist als Gemeinschaftsaufgabe von Kommunen und Land zu verstehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kommunen aktiv durch das Land unterstützt werden.

Wir sagen „Ja“ zu freiwilligen Gebietsänderungen, insoweit sie von den handelnden Personen vor Ort sorgfältig ausgehandelt und vereinbart worden sind. Vollzogene Zwangsgebietsreformen in anderen Bundesländern (z.B. Sachsen und Sachsen-Anhalt) zeigen, dass die dadurch erhofften Einsparungen bisher ausgeblieben sind. Freiwillige Gebietsänderungen bedeuten zwar viel Arbeit vor Ort mit den Bürgern und in den kommunalen Gremien, führen aber dazu, dass das demokratische Bewusstsein gestärkt wird und die Partner respektvoll und auf Augenhöhe miteinander umgehen.

Um langfristig lebensfähige kommunale Strukturen entstehen zu lassen, sind neben den kommunalen Strukturen auch die kommunalen Haushaltssituationen ausschlaggebend. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen in Zukunft eine angemessene und insbesondere aufgabengerechte Finanzausstattung erhalten. Auch setzen wir uns dafür ein, dass nicht immer mehr Belastungen, wie beispielsweise bei den Kosten durch das Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz (KitaG), vom Land auf die Kommunen abgeschoben werden. Will das Land Aufgaben an die Kommunen übertragen, so müssen die Aufwände der Kommunen vollumfänglich durch das Land finanziert werden.

Aufgrund der Politik der letzten Jahre sind viele Kommunen finanziell in Schieflage geraten. Ein durchdachtes Konzept zur Stabilisierung und Rehabilitierung finanziell angeschlagener Kommunen gab es durch die Landesregierung bisher nicht. Es reicht nicht aus, dass den Kommunen im Wahlkampf Geld (allein als Beruhigungsspiel) zur Verfügung gestellt wird. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich (KFA) so reformieren, dass die Kommunen in Zukunft angemessen ausfinanziert sind und mehr Planungssicherheit erhalten. Nur so können langfristig moderne und zukunftsfähige Strukturen in Thüringen entstehen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Kommunale Selbstverwaltung stärken und Subsidiarität gewährleisten.
- ✓ die freiwillige Gebietsänderungen und Bürgernähe statt Zwangszusammenschlüsse.
- ✓ angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen.
- ✓ eine Reform des KFA für mehr Planungssicherheit der Kommunen.

Moderne Verwaltung - Schlanker Staat

Die Begriffe „Standardabsenkung“ und „Aufgabenreduzierung“ werden auch in der Thüringer Politik gern und häufig verwendet. Die FDP untermauert ihre Forderung nach einem konsequenten Bürokratie- und Standardabbau mit der erneuten Vorlage eines Standarderprobungsgesetzes. Dabei ist eine wissenschaftliche Begleitung vorgesehen, anhand derer der Gesetzgeber in die Lage versetzt wird, zu beurteilen, ob erfolgreich erprobte Verfahrensweisen auf ganz Thüringen ausgedehnt werden können. Die FDP baut dabei auf die Erfahrung und Kreativität der Thüringer Kommunen bei der Reduzierung des Aufwands für Bürger und Verwaltung.

Zu einem stetigen Bürokratieabbau gehört die kontinuierliche Überprüfung von Rechtsnormen. Hierzu trägt auch eine zweckdienliche Befristung von Gesetzen bei. Für die FDP Thüringen steht fest, dass die Befristung von Gesetzen nicht nur ein effizientes Mittel des Bürokratieabbaus ist, sondern auch die Gemeinschaft davor schützt, dass Eingriffe, die im Zuge einer besonderen Sicherheitsbedrohung einmal ihre Begründung hatten, dauerhaft als Rechtsnorm verankert werden.

Die FDP verfolgt das Ziel einer Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung. Ein neues Rollenverständnis von Verwaltung und Verwaltungshandeln als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger wird die Verwaltung effizienter machen und qualitativ verbessern. Organisations-, Personal- und Finanzmanagement müssen sich an allgemeinen, betriebswirtschaftlichen Qualitätsstandards ausrichten und messen lassen. Wo öffentlich wahrgenommene Aufgaben überflüssig werden oder effizienter von Dritten wahrgenommen werden können, muss eine Anpassung der Strukturen erfolgen.

Eine Änderung der bestehenden Regelungen zu mehr wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen lehnt die FDP Thüringen ab. Wir wollen nicht, dass die öffentliche Hand mit dem Geld der Steuerzahler, den steuerzahlenden Unternehmen auch noch Konkurrenz macht.

Die FDP Thüringen setzt sich neben einer grundsätzlichen Aufgabenkritik dafür ein, dass die rechtliche und tatsächliche Verselbstständigung von Behörden zurückgeführt wird (Grundsatz der Einheit der Verwaltung), um Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit besser zu gewährleisten. Soweit möglich, sollten Kompetenzen bei der allgemeinen Verwaltung gebündelt werden, um einen einheitlichen Ansprechpartner auch bei komplexen Verfahren zu erhalten.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ eine konsequente Bürokratieabsenkung und Standardüberprüfung.
- ✓ die Verwaltung als Dienstleister für den Bürger begreifen.
- ✓ eine umfassende Aufgabenkritik durchführen.
- ✓ Grundsatz der Einheit der Verwaltung umsetzen.

4. Justiz

Starke, moderne und bürgernahe Justiz

Die Gewährung effektiven Rechtsschutzes durch Justiz und unabhängige Gerichte garantiert den Rechtsstaat. Sie ist eine entscheidende Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft und die rechtssichere Entfaltung wirtschaftlicher Betätigungen. Die FDP Thüringen wird sich auch künftig für eine starke, moderne und bürgernahe Justiz einsetzen. Bei allen Modernisierungsmaßnahmen muss der rechtsschutzsuchende Bürger im Mittelpunkt stehen. Die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit und eine amtsangemessene Besoldung sind die Grundlage für eine funktionierende Dritte Gewalt. Vor diesem Hintergrund sind Effizienzsteigerungen durch verbesserte Verfahrensabläufe und eine stetig verbesserte technische Ausstattung erforderlich.

Wir wollen erreichen, dass sich die Justiz auf ihre Kernaufgaben Streitentscheidung, Strafverfolgung und Strafvollzug konzentrieren kann. Durch die Stärkung außergerichtlicher Streitbeilegung, insbesondere Mediation, wird den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Streitigkeiten zunächst unter sich und im Ergebnis einvernehmlich beizulegen. Aber auch E-Justiz gewinnt immer mehr an Bedeutung und kann zur Entlastung und Verfahrensbeschleunigung beitragen. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass Anwälte, Bürger und Unternehmen künftig mittels moderner Kommunikationsmittel mit der Justiz kommunizieren und teilweise ganze Verfahren vollständig elektronisch durchgeführt werden können.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die Bürgernähe der Thüringer Justiz erhalten bleibt. Gerade die Amtsgerichte leisten einen wertvollen Beitrag zur Streitbeilegung und Sicherheit vor Ort. Deswegen muss Justiz bürgernah und für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Einschränkungen der Prozesskostenhilfe und der Beratungshilfe lehnen wir ab.

Zu einer modernen und starken Justiz gehört auch, dass überlange Gerichtsverfahren vermieden werden und somit eine sorgfältige aber zügige Rechtsprechung erfolgt. Deshalb ist erforderlich, dass offene Stellen im Bereich der Richter und Staatsanwälte zeitnah besetzt werden.

An der etablierten und bewährten Juristenausbildung durch die Absolvierung zweier juristischer Staatsexamina soll festgehalten werden.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ eine starke, unabhängige, moderne und bürgernahe Justiz.
- ✓ Effizienzsteigerungen durch verbesserte Verfahrensabläufe und eine stetig verbesserte technische Ausstattung (E-Justiz).
- ✓ die Erreichbarkeit, sowie die angemessene personelle Ausstattung der Justiz sichern.
- ✓ keine Kürzungen bei Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe (bezahlbare Justiz).
- ✓ , dass die Justizverwaltung ihre Möglichkeiten zur Vermeidung überlanger Gerichtsverfahren voll ausschöpft.
- ✓ die personelle Stärkung der Geschäftsstellen der Gerichte garantieren.

Justizvollzug

Der Justizvollzug trägt maßgeblich zum Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft bei. Er hat zu gewährleisten, dass das richterliche Urteil rechtstaatlich vollzogen wird. Wir stehen hinter dem geschlossenen Vollzug als Regelvollzug. Vollzugslockerungen gibt es nur gegen strenge Vorgaben. Arbeit ist für uns ein zentrales Element zur Förderung der Resozialisierung von Straftätern. Bildung, berufliche Qualifizierung und die berufliche Weiterbildung von Straftätern sind für uns Teil der Entlassungsvorbereitung. Ein weiterer Schwerpunkt des Vollzuges stellt für uns die Wiedergutmachung dar.

Wir fordern eine zeitnahe Überprüfung des Baus einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt mit Sachsen, da unter der gebotenen Sorgfaltspflicht überprüft werden müsste, ob bestehende Justizvollzugsanstalten nicht kostengünstiger ertüchtigt werden könnten. Die nunmehr getroffene Standortentscheidung für Zwickau-Marienthal führt alle bisherigen Standortabwägungen und Ausschlusskriterien ad absurdum. Eine gründliche Prüfung, wie Steuergelder verwendet werden, schuldet das Land nicht nur dem Steuerzahler sondern auch den betroffenen Standorten und den Bediensteten.

Jugendstationen: Jugendkriminalität schnell und effektiv bekämpfen

Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass Jugendkriminalität schnell und effektiv bekämpft werden kann. Mit den Jugendstationen in Gera und Jena wurde ein Erfolgsmodell in Thüringen etabliert, das weiter ausgebaut und gefördert werden soll. Durch die unter einem Dach arbeitende Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe werden insbesondere Ersttäter durch die zeitnah erfolgten Konsequenzen ihres Vergehens von weiteren Straftaten abgehalten. Kinder- und Jugendkriminalität kann nach liberaler Auffassung am effizientesten durch Prävention bekämpft werden. Gemeinsam mit einer vorausschauenden Bildungs- und Sozialpolitik sind die präventiven Ansätze gemeinsam und interdisziplinär weiter zu gestalten. Die weitere Entwicklung gewaltpräventiver Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Thüringer Kommunen ist unser Ziel. Eine gut funktionierende Jugendgerichtshilfe ist hier ein wesentlicher Bestandteil.

Opferrechte

Opferschutz ist ein zentrales Anliegen liberaler Politik. Durch eine Straftat geschädigt oder verletzt zu werden, gehört zu den schlimmsten Erfahrungen im Leben eines Menschen. Die Opfer und ihre Angehörigen dürfen daher nicht mit den Folgen der Tat allein gelassen, sondern müssen durch konkrete Hilfsangebote unterstützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass gezielte Fortbildungen zu Opferrechten für Polizisten, Staatsanwälte und Richter erfolgen, der gesetzlich geregelte Täter-Opfer-Ausgleich weiter ausgebaut und die Zusammenarbeit mit freien Trägern, wie dem „Weißen Ring“ oder den Interventionsstellen gegen Gewalt in sozialen Beziehungen weiter verbessert werden.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ dass begangene Straftaten im Interesse der Opfer schnell geahndet werden.
- ✓ zeitgemäßen Justizvollzug als bedeutenden Beitrag zum Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft verstehen.
- ✓ Jugendkriminalität schnell und effektiv bekämpfen.
- ✓ Jugendstationen in Thüringen fördern und weiter ausbauen.
- ✓ den Opferschutz weiter verbessern.

5. Gesundheitspolitik

Medizinische Versorgung im Freistaat sicherstellen - Arzt- und Fachkräftemangel bekämpfen

Alle Menschen müssen im Krankheitsfall eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung erhalten. Sie sollten am medizinischen Fortschritt teilhaben können, und zwar unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko und ihrem Alter. Dazu zählen Gesundheitsförderung und Prävention ebenso wie die Behandlung von Krankheiten bis hin zur Rehabilitation zur Vermeidung von Behinderungen. Aus unserer Sicht kann auch zukünftig nur ein Zusammenspiel von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und inhabergeführten öffentlichen Apotheken die leistungsfähige Gesundheitsversorgung gerade in ländlichen Räumen sicherstellen. Aufgrund der mit der höheren Lebenserwartung zunehmenden Multimorbidität (Mehrfacherkrankungen) der Bevölkerung, dem gestiegenen Durchschnittsalter der Ärzte und medizinischen Fachkräfte und einem verstärkten Wettbewerb um medizinischen Nachwuchs, stehen alle drei Sektoren vor fundamentalen Herausforderungen.

Es gilt - neben dem Werben um Fachkräfte - auch die Arbeitsbelastung im Blick zu behalten. Wir Liberale wollen Bürokratie dort abschaffen, wo sie hindert, sodass die Ärzte, die Apotheker und das medizinische Fachpersonal Kopf und Hände frei haben für die Versorgung der Patienten in Thüringen. Damit wollen wir – ähnlich der Abschaffung der Praxisgebühr - die bisherige Politik der FDP in Bund und Land fortsetzen, die bisher als einzige Partei mit konkreten parlamentarischen Initiativen die Arbeitswelt der medizinischen Fachgruppen von Bürokratie entlasten wollten.

Für eine hochwertige und wohnortnahe ambulante Versorgung in Thüringen –

Das liberale 3-Säulen- Modell

Die FDP bleibt dem Grundsatz "ambulant vor stationär" treu. Behandlungen, die durch den niedergelassenen Sektor erbracht werden können, müssen nicht in Krankenhäusern erfolgen. Gerade der niedergelassene Bereich braucht dabei Unterstützung. Mit dem Drei-Säulen-Modell der FDP im Thüringer Landtag hat die FDP bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Sicherstellung ambulanter Versorgungsstrukturen im Freistaat vorgestellt. Wir wollen darin die Umsetzung des sogenannten Landärztegesetzes (GKV-VStG), eine Stärkung der Ausbildung im Bereich der Humanmedizin und den Ausbau der kommunalen Verantwortung. Des Weiteren fordern wir eine echte und wirkungsvolle Niederlassungsförderung für Ärzte, um dem stärkeren Wettbewerbsdruck um junge Mediziner thüringengerecht begegnen zu können. Damit der Arztberuf in Thüringen wieder attraktiver wird, werden wir uns zudem für eine gerechte, transparente und nachvollziehbare Honorarordnung einsetzen. Die Thüringer Ärzte dürfen nicht länger schlechter vergütet werden als ihre Kollegen in den benachbarten bzw. den alten Bundesländern.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Umsetzung des Landärztegesetzes (GKV-VStG).
- ✓ mehr Mediziner durch mehr Studienplätze in der Humanmedizin.
- ✓ die Einführung einer Niederlassungsförderung der Ärzte.
- ✓ eine gerechte, transparente und nachvollziehbare Honorarordnung.

Für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung in Thüringen –**Die liberale Krankenhausstrategie 2030**

Die Thüringer Krankenhauslandschaft zeichnet sich durch eine hohe Versorgungsqualität und wohnortnahe Strukturen aus. Damit diese seit 20 Jahren gewachsene stationäre Infrastruktur auch zukünftig Bestand hat, muss der Freistaat seinen Pflichten aus der dualen Krankenhausfinanzierung (Infrastrukturkosten) gegenüber den Häusern nachkommen. Darüber hinaus wollen wir Planungssicherheit für die Thüringer Kliniken erreichen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir eine "Krankenhausstrategie 2030" entwickeln, damit in Zukunft die stationäre Versorgung - auch in der Fläche - gewährleistet werden kann. Einer Abkoppelung des ländlichen Raumes von medizinischer Leistung werden wir entgegentreten. Daher lehnen wir alle Bestrebungen der aktuellen Landesregierung ab, die die Existenz der Krankenhäuser gefährden können. Wir verstehen die Häuser als Partner, ohne deren Mitwirkung eine sichere Versorgungsstruktur nicht gestaltet werden kann. Wir wollen bürokratische Hemmnisse abbauen, damit sich die Kliniken auf ihren Auftrag - der optimalen stationären Versorgung der Patienten in Thüringen - konzentrieren können. Insbesondere sind wir überzeugt, dass Qualitätsvorgaben nur bundesweit ausgehandelt und in Kraft gesetzt werden und nicht durch die Länder einseitig verändert werden sollten.

Wir begrüßen, dass auch vermehrt ausländische Ärzte den Weg nach Thüringen finden. Neben der Voraussetzung eines anerkannten Medizinabschlusses muss jedoch das Beherrschen der deutschen Sprache stehen. Daher setzen wir uns für ein den ärztlichen Aufgaben angemessenes Sprachniveau, als Voraussetzung der Aufnahme einer Tätigkeit im Freistaat ein. Die Prüfung und Ausgestaltung soll dabei der Thüringer Ärztekammer obliegen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Planungssicherheit für Krankenhäuser in Thüringen.
- ✓ eine angemessene Finanzierung der Infrastrukturkosten der Krankenhäuser.
- ✓ den Abbau bürokratischer Hemmnisse (beispielsweise eine zügige Bearbeitung der Förderanträge durch das TMSFG).
- ✓ die Sprachprüfung für ausländische Ärzte durch die Landesärztekammer.

Apotheken

Für die FDP bleiben die inhabergeführten, öffentlichen Apotheken die zentralen Garanten für die Sicherstellung der wohnortnahen pharmazeutischen Versorgung der Patienten in Thüringen. Nur diese gewährleisten Beratung und (Not-)Versorgung aus einer Hand. Daher wollen wir gemeinsam mit den Apothekern dem drohenden Fachkräftemangel in der Region offensiv begegnen. Damit auch zukünftig genügend Apotheken einen Nachfolger finden, wollen wir die Ausbildung an der Universität Jena stärken. Nur wer in der Region lernt, erste Erfahrungen sammeln kann und um die beruflichen Chancen in der Region weiß, kann als junge Fachkraft in Thüringen gehalten werden.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ mehr Ausbildungsplätze in der Pharmazie in Jena.
- ✓ Abbau von Bürokratie in den Apotheken (Dokumentationspflicht nur dort, wo sie sinnvoll ist/ Vereinfachung der Abrechnung bei Selektivverträgen, Reduzierung von Retaxationsfällen).
- ✓ Stärkung der Selbstverwaltung durch Aufgabenübertragung des Landes damit die Apotheke vor Ort den Menschen weiter dienen kann.

Rettungsdienst in Thüringen stärken

Der Rettungsdienst hat die Aufgabe, rund um die Uhr bei medizinischen Notfällen aller Art durch den Einsatz von qualifiziertem Rettungsfachpersonal und den geeigneten Rettungsmitteln rasch und sachgerecht zu helfen und Leben zu retten. Dazu muss neben der Ausbildung der Hilfeleistenden auch eine entsprechende technische Ausstattung zur Verfügung stehen.

Die FDP Thüringen will den Rettungsdienst technisch so ausrüsten, dass er effizient und effektiv sowohl den Patienten notfallmedizinisch versorgen kann als auch die Rettungsdienstmitarbeiter bei Einsätzen entlastet werden. So müssen aus unserer Sicht künftig luftgestützte Rettungseinsätze in Thüringen auch bei Nacht flächendeckend möglich sein. Dazu muss nicht jeder Rettungshubschrauber nachgerüstet werden, aber doch so viele, dass die Nachtflugfähigkeit in ganz Thüringen gegeben ist. Auch wollen wir sowohl die Rettungswagen (RTWs) als auch die Rettungshubschrauber flächendeckend mit sogenannten Reanimationsautomaten ausstatten. Diese ersetzen die manuelle Herz-Lungen-Wiederbelebung und entlasten dadurch die Besatzung der RTWs/Rettungshubschrauber am Einsatzort und während des Transportes ins Krankenhaus. Der frei gewordene Rettungsdienstmitarbeiter kann somit dem Notarzt assistieren und weitere notwendige Maßnahmen können schneller und effektiver durchgeführt werden. Zukünftig sollen die Reanimationsautomaten zur Grundausstattung bei Rettungsfahrzeugen gehören. Die entsprechende DIN-Vorschrift ist dahingehend zu ändern.

Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig die Personalsituation im Rettungswesen durch die Delegation ärztlicher Leistungen auf Notfallassistenten entspannt wird. Erfahrene Notfallassistenten sind durchaus in der Lage bestimmte, bisher nur unter der Aufsicht der Notärzte durchzuführende Maßnahmen selbstständig auszuführen. Wir wollen die Begleitung des Delegationsprozesses durch ein präklinisches und klinisches Qualitätsmanagement.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Ausweitung der Nachtflugbefähigung der Rettungshubschrauber im Freistaat, sodass eine flächendeckende Einsatzfähigkeit auch bei schlechten Witterungsbedingungen im Freistaat gegeben ist.
- ✓ Flächendeckende Ausstattung der Rettungswagen (RTWs) und Rettungshubschrauber mit mechanischen Reanimationsgeräten zur Entlastung der Rettungsdienstmitarbeiter im Einsatz vor Ort.
- ✓ Änderung der DIN-Vorschrift, sodass Reanimationsautomaten zukünftig zur Grundausstattung der Rettungsfahrzeuge gehören.
- ✓ Begleitung des Delegationsprozesses durch ein präklinisches und klinisches Qualitätsmanagement.

Den mündigen Patienten unterstützen - Beratung, Transparenz und Prävention

Gesundheitsförderung und Prävention, insbesondere der großen Volkskrankheiten wie Diabetes, müssen in jedem Lebensalter besonders unterstützt werden. Die FDP setzt dabei auf einen gesamtgesellschaftlichen Lösungsansatz zwischen den Kommunen, dem Land, dem Bund, den Kostenträgern und Leistungserbringern sowie den Kindergärten und Schulen. Darüber hinaus sehen wir die Verhinderung von Pflegebedürftigkeit durch präventive Maßnahmen als ein zentrales Anliegen der kommenden Jahre. Prävention und Früherkennung tragen mittel- und langfristig auch zur finanziellen Entlastung des Krankenversicherungssystems bei.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Stärkung der Prävention und Gesundheitsvorsorge.
- ✓ Aushändigung der Arztrechnungen in Kopie an die Patienten, damit diese eine Kontrolle über die Kosten ihrer Arztbesuche erhalten.
- ✓ einen evidenten Gesundheitszieleprozess mit konkreten Vorgaben und Leistungsüberprüfungen.

Gesundheitswirtschaft: Innovations- , Qualitäts- und Jobmotor im Freistaat

Die Gesundheitswirtschaft ist ein dynamischer, innovativer und heterogener Zweig der Thüringer Wirtschaft. Zu ihr zählen alle Unternehmen und Institutionen, die der Bewahrung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen. Hierzu gehören in erster Linie Hersteller von Medizinprodukten, medizinische Forschungseinrichtungen, Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Pharmaunternehmen sowie 17 Heil- und Kurbäder nebst Wellnesseinrichtungen. Rechnet man alle Teilbranchen hinzu, so stellt die Gesundheitswirtschaft rund 80.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Sie ist zudem mit rund 7 Milliarden Euro Gesamtumsatz einer der zentralen Wirtschaftszweige im Freistaat. Die Gesundheitswirtschaft ist damit eine der stärksten Wirtschaftsbranchen in Thüringen und muss zukünftig in der Politik einen verlässlichen und gesprächsbereiten Partner finden. Sie bietet die Chance gerade auch jungen und gut ausgebildeten Fachkräften eine berufliche Perspektive in Thüringen zu ermöglichen. Darüber hinaus ist die Gesundheitswirtschaft historisch eng mit den Hochtechnologiestandorten Thüringens verbunden. Wir sehen die Gesundheitswirtschaft nicht nur als Kostenfaktor, sondern als Chancen- und Wachstumspartner. Die FDP Thüringen will daher optimale Bedingungen für die Thüringer Gesundheitswirtschaft schaffen. Insbesondere die lokale und/oder branchenübergreifende Vernetzung der Akteure aus Politik, Wissenschaft und Praxis ist notwendig, um Gesundheitswissenschaft und -wirtschaft im Freistaat voranzutreiben.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Aus- und Aufbau der auf dem Gebiet der Gesundheitswirtschaft tätigen Innovations- und Gründerzentren .
- ✓ stärkere Vermarktung des Gesundheitsstandorts Thüringens.

Pflege - Qualität sichern, Fachkräftemangel bekämpfen

Ziel unserer Gesellschaft muss es sein, Menschen im ambulanten wie im stationären Bereich ein hochwertiges Angebot zu machen, das die Menschenwürde des Einzelnen garantiert sowie seine Selbstständigkeit so lange wie möglich erhält. Häusliche Pflege und Heimpflege sind dabei Partner und müssen sich ergänzen.

Neben der Anhebung der Professionalität will die FDP die Standards in Alten- und Pflegeheimen verbessern. Dabei müssen die von älteren Menschen geäußerten Bedürfnisse berücksichtigt werden. Pflegebedürftige, ihre Angehörigen oder gesetzlichen Vertreter sollen sich bewusst für oder gegen eine Einrichtung aufgrund deren nach Qualität entscheiden können. Hierfür muss Transparenz über die Qualität der Pflegeleistungen hergestellt werden. Die Pflegeeinrichtungen müssen sich dafür vermehrt als Dienstleister für eine hohe Pflegequalität zur Verbesserung der Lebenssituation ihrer Bewohner darstellen können.

Pflege bürokratiearm gestalten - mehr Zeit für Patientenbetreuung schaffen!

Wir als Liberale wollen das Hauptproblem der ambulanten und der stationären Pflege - die zunehmend überbordende Bürokratie mit einem Übermaß an Gesetzen und Verordnungen - eindämmen. Durch dieses Übermaß kommt die eigentliche Pflege am Menschen jedoch zu kurz. Die FDP will bspw. Die Zahl der Mehrfachprüfungen der Einrichtungen abbauen. Dazu wollen wir auch die Prüfkompetenzen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK e.V.) und der Heimaufsicht konkretisieren sowie eine bessere inhaltliche und terminliche Zusammenarbeit der Prüfinstanzen gewährleisten. Neben der Entschlackung von gesetzlichen Vorgaben muss die Professionalität in der Pflege gesteigert werden. Die FDP setzt sich daher – gemeinsam mit den Akteuren - für die Optimierung der Abläufe innerhalb der Einrichtungen und im Zusammenwirken zwischen Arzt und Pflegeeinrichtung ein. Vorrangiges Ziel muss es sein, den Pflegenden mehr Zeit für Pflege und soziale Betreuung des pflegebedürftigen Menschen zu ermöglichen.

Attraktivität des Berufsfeldes stärken - Fachkräfte für die Pflege!

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage für eine solche Pflege. Ihre Zahl ist aber bereits heute zu gering. Bei der prognostizierten Steigerung der Zahl der Pflegebedürftigen gegenüber heute um etwa ein Drittel bis 2030 zeichnet sich ein gravierender Mangel an Pflegefachkräften ab. Um hier gegenzusteuern, muss durch verbesserte Arbeitsbedingungen - wie die Erhöhung der Pflegesätze - die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert werden. Allein aus eigener Kraft wird in Thüringen der Bedarf an Fachkräften in der Pflege jedoch nicht gedeckt werden können. Die FDP will Arbeitgeber bei der Anwerbung von Pflegekräften aus der Europäischen Union unterstützen. Hierfür müssen wir - gerade bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen - Verbesserungen vornehmen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ mehr Transparenz über die Qualität der Pflegeeinrichtungen.
- ✓ die Anhebung der Pflegesätze, damit Unternehmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern können.
- ✓ vermehrte Anstrengungen des Landes, um ausländische Pflegefachkräfte anzuwerben.
- ✓ Abbau von Bürokratie und Dokumentationsaufwand in den Pflegeeinrichtungen.

6. Sozialpolitik, Familien- und Jugendpolitik, Seniorenpolitik

Sozialpolitik als Chancenpolitik für Betroffene gestalten

Für Liberale basiert Sozialpolitik auf einem Menschenbild, nach dem der Einzelne befähigt werden soll, sein eigenes Leben in den jeweiligen sozialen Bezügen selbstständig und eigenverantwortlich zu gestalten. Liberale Sozialpolitik setzt daher für die Menschen Anreize, selbst tätig zu werden und sich aktiv aus der Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung zu befreien. Dessen ungeachtet gilt es, denen Unterstützung zukommen zu lassen, die selbst dazu nicht in der Lage sind, eigenverantwortlich soziale Teilhabe zu gestalten. Deshalb muss Hilfe gezielt auf den Einzelnen gerichtet sein, ohne ihn zu bevormunden.

Wirkungsvolle Sozialpolitik statt Maßnahmenrhetorik!

Sozialpolitik heute muss auch die Belastungen zukünftiger Generationen im Blick behalten. Eine liberale Sozialpolitik bemisst Erfolg daher immer an der Wirkung für die Betroffenen und nicht an der Höhe der eingesetzten Steuermittel! Eine verantwortliche Sozialpolitik zeichnet sich nicht durch milde Gaben aus. Daher wollen wir, dass zukünftig Steuergelder verantwortungsvoll und sparsam im Sinne der Betroffenen eingesetzt werden. Doppelstrukturen aus Bundes- und Landesprogrammen wird die FDP abschaffen. Ebenso wollen wir die gesamten sozialpolitischen Leistungen des Freistaates Thüringen evaluieren, um funktionierende Programme zu stärken und erfolglose bzw. kaum nachgefragte Leistungen zu beenden. Staatlich finanzierte Programme müssen zuvörderst den Betroffenen und nicht den Helfern helfen. Das Subsidiaritätsprinzip staatlichen Handelns muss auch in der Sozialpolitik wieder Berücksichtigung finden. Leistungen der Gemeinschaft, müssen daher in angemessener Weise Leistungen des Einzelnen gegenüberstehen. Bevor sich der Blick auf den Erfolg der Sozialprogramme richtet, muss jedoch der Staat selbst das Kriterium der Effizienz an sich anlegen.

Fehlsteuerung beenden!

Wir Liberalen wollen die Fehlsteuerungen der Sozialpolitik in Thüringen beenden. Ein zentraler Punkt hierbei stellt die Abschaffung des Thüringer Erziehungsgeldes dar. Das Thüringer Erziehungsgeld stellt seit der Einführung des Betreuungsgeldes des Bundes eine Doppelförderung dar, die sich nicht länger rechtfertigen lässt. Mit rund 20 Millionen Euro jährlich leistet sich Thüringen eine Maßnahme, die weder sinnvoll noch notwendig ist. Die freiwerdenden Mittel sollen sowohl dem Landeshaushalt zum Schuldenabbau als auch dringlichen politischen Maßnahmen – wie bspw. der Ärzteförderung - zur Verfügung stehen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ alle sozialpolitischen Maßnahmen des Freistaates müssen auf ihre Leistungsfähigkeit hin überprüft werden.
- ✓ dass sich die Sozialpolitik wieder am Erfolg für die Betroffenen und nicht an der Höhe der eingesetzten Steuermittel orientieren muss.
- ✓ dass Sozialpolitik zuallererst den Betroffenen und nicht den Helfern nutzt.
- ✓ Doppelstrukturen und -programme von Land/Bund abschaffen, z. B. durch Abschaffung des Thüringer Erziehungsgeldes.

Für Liberale ist Familie dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Das gesellschaftliche Bild von Familie hat sich geändert, sodass heute eine Vielzahl unterschiedlicher Familien- und Lebensmodelle gelebt werden. Die FDP will ein modernes Familienland Thüringen, indem das oberste Ziel von Politik, die Schaffung lebenswerter Rahmenbedingungen ist und nicht die Förderung einzelner Lebensentwürfe.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen!

Daher steht für die FDP an oberster Stelle der familienpolitischen Maßnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zwar ist – verglichen mit anderen Bundesländern – die Betreuungsquote in Thüringer Kindergärten überdurchschnittlich hoch, allerdings noch immer kaum geeignet, die Anforderungen des modernen Berufslebens mit der Betreuung von Kindern angemessen zu vereinbaren. Daher wollen wir vor allem die Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten den flexiblen Anforderungen der heutigen Arbeitswelt anpassen, sodass auch das betreuende Elternteil am Arbeits- und Erwerbsleben teilhaben kann.

Auf starre Öffnungszeiten und unflexible Regelungen haben vor allem Unternehmen reagiert, die auf den das Kind betreuenden Elternteil nicht verzichten wollen und können. Zunehmend bilden sich daher Unternehmenskindergärten, die die zeitlich flexible und arbeitsplatznahe Betreuung von Kindern in gesicherter Qualität garantieren. Die FDP wird solchen Initiativen weiterhin offen gegenüberstehen und diese aktiv fördern. Die erste Förderung dabei ist und bleibt der Abbau bürokratischer Hemmnisse.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ den weiteren flächendeckenden Ausbau flexibler und ganztägiger Betreuungsangebote auch für Kinder unter drei Jahren.
- ✓ die verstärkte Förderung von privaten Initiativen sowie Betriebskindergärten unterstützen, statt durch unnötige "Papier-Bürokratie" zu blockieren.

- ✓ alle familienpolitischen Leistungen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf den Prüfstand stellen, entbürokratisieren sowie zu wenigen, aber dafür effektiven und effizienten Instrumenten zusammenzufassen.
- ✓ perspektivisch die Familien von den Lasten der Kita-Gebühren durch ein kostenfreies letztes Vorschuljahr befreien.
- ✓ , dass die Berechnung der Hortkosten alle Kinder einer Familie, unabhängig von einer eventuellen Kinderbetreuung berücksichtigt werden (Thüringer Hortkostenbeteiligungsverordnung).

Leistung in der Familie anerkennen und stärken!

Familie ist da wo man füreinander Verantwortung übernimmt. Dies ist gerade in der ambulanten Pflege der Fall. Nach dem Vorbild der Ehrenamtskarte wollen wir das soziale Engagement von pflegenden Angehörigen stärker als bisher anerkennen. Kein staatliches Versorgungssystem kann die private Betreuung zuhause ersetzen. Daher wollen wir als Liberale auch hier für Familien Rahmenbedingungen setzen, die das Entstehen füreinander erleichtern und in stärkerem Maße würdigen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Pflegeleistungen von Angehörigen anerkennen und in den Wirkungskreis der Ehrenamtskarte einbeziehen.

Kinder- und Jugendrechte stärken!

Thüringen muss - gerade im Hinblick auf die Abwanderungsproblematik - zukünftig als das kinder- und familienfreundlichste Bundesland eine Vorreiterrolle einnehmen. Daher will die FDP Thüringen das Feld der Kinder- und Jugendpolitik auch in den parlamentarischen Strukturen "auf Augenhöhe" mit bspw. dem der Gleichstellungs- bzw. Behindertenpolitik heben. Kinder werden noch immer nicht ausreichend als eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten und Bedürfnissen betrachtet und respektiert. Bei vielen Problemen findet der Blickwinkel der Kleinsten in unserer Gesellschaft und deren spezielle Situation kaum Berücksichtigung. Die FDP will daher im Parlament – entsprechend der Kinderkommission des Deutschen Bundestages – eine Kinder- und Jugendkommission im Thüringer Landtag einrichten. Wie die Kinderkommission im Bund, soll sie sich zu der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen im Freistaat entwickeln.

Nachdem die FDP sich auf Bundesebene erfolgreich für klare Regelungen für den Bau und Erhalt von Kindertagesstätten eingesetzt hat, will die FDP Thüringen diesen Weg auf Landesebene konsequent weitergehen. Die Entwicklung junger Menschen wird durch die gemeinsamen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche in der Öffentlichkeit gefördert.

Daher brauchen junge Menschen aller Altersstufen ausreichend Räume zur Entfaltung - auch im Nahbereich ihrer Wohnumgebung. Gerade bei der Nutzung von Kinder- und Jugendspieleinrichtungen führt dies wegen des damit verbundenen Lärms oftmals zu Konflikten zwischen Anwohnern dieser Einrichtungen und den Kindern und Jugendlichen. Die Folge sind zahlreiche Gerichtsverfahren. Diese führten bisher zu teils stark eingeschränkten Öffnungszeiten teilweise gar zur Schließung der entsprechenden Einrichtungen. Die FDP will mit kinderfreundlichen Regelungen von Beginn an für Rechtssicherheit sorgen, die sowohl den freien Kinder- und Jugendsport ermöglicht als auch Rechtssicherheit für Städte, Gemeinden und Anwohner schafft.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Regelungen für Kinder- und Jugendspieleinrichtungen kinderfreundlich gestalten, denn Kinderlärm ist Zukunftsmusik.
- ✓ eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungsprozessen (z. B. Jugendparlamente, Kinderkommission).

Seniorenpolitik - Lebensleistung anerkennen!

Im Sinne unseres liberalen Selbstverständnisses treten wir generationsübergreifend für ein Höchstmaß an Eigenverantwortung und Eigeninitiative des Einzelnen für sich und für andere ein. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns gegen jede Form von Altersdiskriminierung und für ein selbstbestimmtes und aktives Leben in jeder Lebensphase ein. Wir verstehen das Alter als Schatz, den wir auf allen Ebenen nachhaltig in die gesellschaftliche Gestaltung einbeziehen wollen. Die FDP will die Kenntnisse und Fähigkeiten der Erfahrenen der Gesellschaft zugänglich machen und so einen Mehrwert für alle schaffen.

Ost-West-Rente angleichen - Renteneintritt flexibel gestalten!

Der demografische Wandel ist eine Herausforderung. Wir Liberale verstehen Sie jedoch als Chance. Denn die Älteren sind heute länger fit, gut ausgebildet und aktiv. Daher will die FDP die Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen, damit auch ältere ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechend am Arbeitsleben teilhaben können. Dazu wollen wir Liberale starre Altersgrenzen dort abschaffen, wo sie den Wunsch der Älteren auf Beschäftigung verhindern. Viele Ältere wollen und können sich länger in Beruf und Gesellschaft einbringen. Wir treten für mehr Selbstbestimmung in der Rente ohne starre Altersgrenzen ein. Die Menschen sollen ab dem 60. Lebensjahr – bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen – den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können, sofern ihre Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegen.

Die Versicherten können so ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstausfall durch Bezug einer Teilrente kompensieren oder – wenn sie möchten – länger arbeiten.

Bevor neue milliardenschwere Leistungen in der Rente - wie Mütterrente oder die Rente mit 63 - beschlossen werden, müssen zunächst knapp 25 Jahre nach der politischen Wende, die Unterschiede zwischen Ost und West auch in der Rente endlich der Vergangenheit angehören. In Zeiten gefüllter Sozialkassen gilt es zudem, das Rentensystem für die Zukunft finanzierbar zu halten. Daher müssen zuerst die Gerechtigkeitslücken geschlossen werden und dürfen neue Ansprüche nur dann entstehen, wenn diese tatsächlich auch langfristig finanzierbar sind.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ aufgrund der Überschüsse in den Sozialkassen eine sofortige Angleichung der Ost-West Renten.
- ✓ die Rentenreserve weiterhin für eine demographiefeste Rentenfinanzierung nutzen.
- ✓ die Rentenbeiträge entsprechend ihrer gesetzlichen Grundlage senken.
- ✓ Barrieren für Arbeit im Alter beseitigen und Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug komplett aufheben.
- ✓ flexiblere Regelungen für den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand.

Mobilität auch im Alter gewährleisten!

Nicht zuletzt muss der öffentliche Raum mehr und mehr barrierefrei ertüchtigt werden. Mobilität und Bewegungsfreiheit sind gerade im Alter zentrale Garantien der Lebensqualität. Die Gestaltung des Wohnumfeldes, insbesondere Barrierefreiheit, entscheidet maßgeblich darüber, ob und wie ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und werden. Besonders wichtig sind neue Wohnformen, die sich im bisherigen, vertrauten Wohnumfeld etablieren und in das bekannte soziale Netz eingebunden werden. Dies bedeutet hin zu generationenübergreifendem Zusammenleben in der Mitte der Gesellschaft.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ bei Sanierungen an öffentlichen Bauten die Barrierefreiheit berücksichtigen.
- ✓ Unterstützung und Förderung neuer Wohnformen.
- ✓ den möglichst langen Verbleib im vertrauten Wohnumfeld ermöglichen.

7. Finanz- und Haushaltspolitik

Der Freistaat hat sich - dank des Fleißes der Bürgerinnen und Bürger - gut zum Wohle der Menschen und der Unternehmen entwickelt, die hier ihre Heimat haben. Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen erwirtschaften mit ihren Steuern und Abgaben den überwiegenden Teil der Einnahmen des Staates. Nur die FDP steht dafür, dass erst erwirtschaftet werden muss, was später verteilt werden kann.

Die Haushaltspolitik der letzten Jahre nach dem Motto: "Es wird schon irgendwie gehen..." muss ein Ende haben. Die positive Zukunft des Freistaates ist unmittelbar mit der zukunftsfesten und generationengerechten Finanzpolitik für Thüringen verknüpft. Die FDP Thüringen hat sich in den letzten fünf Jahren - auch in der Finanzpolitik - für eine thüringengerechte Politik eingesetzt und sich dabei von drei Prämissen leiten lassen: Was nützt den Menschen, was nützt dem Mittelstand und was nützt Thüringen?

Liberaler Haushalts- und Finanzpolitik gibt Antworten auf die Zukunftsfragen und bietet Lösungen für die finanziellen Herausforderungen, vor denen wir in Thüringen stehen. In dem Bewusstsein, dass Investitionen in Bildung und Infrastruktur, eine solide und angemessene Finanzausstattung der Kommunen, aber auch die Reduzierung der Schulden gleichermaßen entscheidend für die Zukunft der Menschen in Thüringen und der kommenden Generationen sind, muss sich die Haushalts- und Finanzpolitik Thüringens von drei Grundsätzen leiten lassen: Konsolidieren - Sparen - Investieren.

Finanzpolitik

Thüringen hat in den letzten 24 Jahren ca. 16 Milliarden Euro Schulden aufgenommen. Dafür sind jährlich über 550 Millionen Euro für Zinsleistungen aufzuwenden und das heute in einer historischen Niedrigzinsphase. Seit 2012 hat der Freistaat Thüringen begonnen Schulden abzubauen. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass CDU und SPD in der Wahlperiode 2009 - 2014 allein über 130 Millionen Euro neue Schulden aufgenommen haben.

Gerade die jährliche Zinslast ist eine zunehmende Belastung für den Landeshaushalt. Der Gestaltungsspielraum für Investitionen wird durch die Zinszahlungen dauerhaft eingeschränkt.

Der Weg, Haushalte ohne neue Schulden aufzustellen und ernsthaft Schulden zu tilgen, ist richtig. Deshalb ist es unumgänglich, dass endlich der Weg der Konsolidierung beschritten wird.

Deutschland ging es noch nie so gut wie heute. Bund, Länder und Gemeinden hatten noch nie so hohe Steuereinnahmen wie im letzten Jahr und die Prognosen gehen auch für die kommenden Jahre von hohen, weiter steigenden Steuereinnahmen aus.

Bis 2020 wird der Freistaat Thüringen jedoch weniger Einnahmen aus dem Solidarpakt II und den Zuweisungen der Europäischen Union erhalten. Weiterhin wirkt sich der zu verzeichnende Bevölkerungsrückgang einnahmемindernd auf die Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich aus.

Liberaler Finanzpolitik für Thüringen setzt sich zum vorrangigen Ziel, keine neuen Schulden aufzunehmen, die Altschulden abzubauen und mit den vorhandenen Mitteln Zukunftsinvestitionen zu gestalten.

Keine neuen Schulden aufnehmen

Viel zu lange hat die Politik in Thüringen auch mit guten Absichten von der Möglichkeit der Schuldenaufnahme Gebrauch gemacht. Die FDP Thüringen bekennt sich zu einem Neuverschuldungsverbot. Wir halten ein solches Neuverschuldungsverbot für zwingend geboten und wollen dies auch in der Thüringer Verfassung verankern. Damit sollen nur noch zwei Ausnahmesituationen bei Schuldenaufnahme zugelassen werden: bei einer abweichenden konjunkturellen Entwicklung und im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen. Nur dann soll es noch eine begrenzte Möglichkeit zur Aufnahme von Schulden geben, welche jedoch binnen fünf Jahren zu tilgen sind.

Bestehende Schulden abbauen

Die Schuldenlast des Freistaates Thüringen in Höhe von ca. 16 Milliarden Euro müssen wir zügig abbauen. Je schneller wir unsere Schulden tilgen, desto mehr entlasten wir auch die zukünftig aufzustellenden Landeshaushalte und gewinnen den Gestaltungsspielraum, den die Politik braucht, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

Aus Sicht der FDP muss es für die kommenden fünf Jahre einen verbindlichen Schuldenabbauplan geben. Wir wollen bis 2019 die Schuldenlast des Freistaates um ca. 10 % senken. Dafür sehen wir einen kontinuierlichen Abbaupfad von jährlich zwei Prozent der Landesschulden vor. So könnten die Schulden des Freistaates Thüringen auf etwa 14,4 Milliarden Euro gesenkt werden. Dies hätte auch den weiteren positiven Effekt, dass die jährlichen Zinsleistungen deutlich sinken würden. Zudem soll die derzeit noch niedrige Zinssituation nach Möglichkeit genutzt werden, künftige Haushalte zu entlasten. Einer stärkeren Beachtung bedarf auch die indirekte Verschuldung des Landes. Neben den verschiedenen Sondervermögen, deren Verschuldung mittlerweile über 800 Millionen Euro beträgt, sind zukünftige Pensionslasten des Freistaates zu berücksichtigen. Auch für diese Bereiche müssen Lösungen gefunden werden. Wir wollen einen zügigen Abbau der Sondervermögen sowie eine den zukünftigen Belastungen entsprechende Zuführung an den Landespensionsfond.

Haushaltspolitik

Der Grundsatz, ohne neue Schulden auszukommen, kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten. Es muss erst erwirtschaftet werden, was später verteilt wird. Während alle anderen Parteien die Steuern und Abgaben für die Bürger erhöhen wollen, lehnen wir Liberale eine noch stärkere Belastung der Bürger ab.

Die derzeitigen hohen Steuereinnahmen und der weitere Anstieg in den nächsten Jahren verdeutlichen, dass der Staat genügend Einnahmen hat. Die Rekordsteuereinnahmen entkräften das Argument, der Staat habe ein Einnahmeproblem. Die Landesregierung aus CDU und SPD haben schlicht zu viel Geld in den vergangenen Jahren ausgegeben - und das oft noch an den falschen Stellen.

Daher müssen trotz der hohen und weiter wachsenden Einnahmen die Ausgaben im Haushalt begrenzt werden. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich seit 2009 mit über 2.500 Änderungsanträgen intensiv in die Haushaltsberatungen eingebracht. Aus unserer Sicht hat die Landesregierung nicht alle Möglichkeiten des Sparens genutzt. Beispiele für nicht notwendige Ausgaben sind zahlreich und finden sich u.a. im Landeserziehungsgeld, dem 1.000-Dächer-Programm, dem Landesarbeitsmarktprogramm sowie bei der neuen Solarthermieförderung. Statt dieser Programmausgaben hätten die verwendeten Mittel zur Schuldentilgung eingesetzt werden müssen.

Selbstbedienungsmentalität beenden

Unter der schwarz-roten Regierung hat sich eine Selbstbedienungsmentalität entwickelt, die dringend beendet werden muss. Die Affären um den ehemaligen Wirtschaftsminister Machnig, den ehemaligen Staatssekretär Zimmermann, den ehemaligen Europaminister Schöning sowie die Pensionsklagen des aktuellen Chefs der Staatskanzlei, Gnauck, zeigen, dass es Teilen der aktuellen Landesregierung nur um die eigenen persönlichen Vorteile geht. Politik muss wieder verlässlich die Zukunft des Freistaates und nicht den persönlichen Vorteil im Blick halten.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Überarbeitung des Beamten- und Ministergesetzes.

Investitionen in die Zukunft

Thüringen braucht auch in den kommenden fünf Jahren Investitionen. Wir wollen die Investitionsquote auf hohem Niveau halten und dabei klare Prioritäten setzen. Gerade Investitionen in Bildung sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und fördern gesellschaftliches Engagement und Integration. Bildung eröffnet Chancen, ist die Grundlage für sozialen Aufstieg und die beste Investition in die Zukunft unserer Kinder und unseres Freistaates.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Investitionen in den Ausbau ,aber auch den Erhalt der Infrastruktur im Freistaat, um die Mobilität der Bürger zu erhalten.
- ✓ Standorte für Unternehmen attraktiv gestalten und eine stärkere Vernetzung des Ländlichen Raumes mit den großen Städten.

- ✓ Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, um Innovationen zu ermöglichen und zu fördern.
- ✓ Erhöhung der Bildungsausgaben als Investition in die Köpfe.

Personalpolitik

Die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst haben eine gute Aufbauarbeit geleistet. In den kommenden Jahren werden jedoch viele in den wohlverdienten Ruhestand eintreten. Thüringen braucht auch zukünftig einen personell gut aufgestellten öffentlichen Dienst und muss diesen auch angemessen bezahlen. Wir Liberale verstehen den Leistungsgedanken auch als Motor und Motivation. Folglich bedeutet das für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, dass auch reelle Aufstiegschancen, etwa durch Beförderungen, bestehen müssen.

Thüringen braucht auch zukünftig einen angemessenen Personalbestand; dieser ist, im Vergleich zu den Flächenländern West, derzeit noch zu hoch. Der Personalbestand des Freistaates Thüringen liegt mit ca. 20 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) je 1.000 Einwohner deutlich über dem Personalbestand anderer Flächenländer wie etwa Schleswig Holstein mit nur etwa 17 VZÄ. Der von der CDU/SPD Landesregierung begonnene Personalabbau ist weder strukturell untersetzt noch berücksichtigt er die zukünftigen Personalbedarfe in den verschiedenen staatlichen Aufgabengebieten. Zudem hat es die Landesregierung versäumt, eine Aufgabenkritik durchzuführen.

Eine vordringliche Aufgabe der Landespolitik, wird die Vorlage eines nachhaltigen Personalentwicklungskonzeptes sein. Dabei müssen Aufgabenerledigung, aber auch Aufstiegschancen berücksichtigt werden, um einen angemessenen Personalkorridor festzulegen. Es ist dabei auch auf eine gewisse langfristige Notwendigkeit der Stellen zu achten. Eine homogene Altersstruktur sollte angestrebt werden. Wenn erfahrene Bedienstete in den Ruhestand gehen, entsteht die große Gefahr, dass Wissen und Erfahrung verloren geht; dem ist entgegenzuwirken. Wir Liberale werden deshalb im Personalentwicklungskonzept auch einen Neueinstellungskorridor vorsehen, um mit mehr Neueinstellungen Sorge zu tragen, dass neu ausgebildete junge Bedienstete noch von den Erfahrungen der Älteren profitieren können.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ regelmäßige und ausreichende Zuführungen an den Landespensionsfond.
- ✓ eine angemessene Vergütung im öffentlichen Dienst.
- ✓ die Vorlage eines nachhaltigen Personalentwicklungskonzeptes.
- ✓ eine umfassende Aufgabenkritik im Landesdienst.

Bürger entlasten und nicht weiter belasten!

Wir Liberale stehen dafür ein, die Belastung der Menschen und Unternehmen durch Steuern und Abgaben nicht zu erhöhen. Deshalb kämpfen wir entschieden gegen zusätzliche Belastungen der Bürger und Unternehmen – und für den Abbau von Bürokratie, für die Vereinfachung des Steuersystems und für eine konsequente Entlastung der Bürger.

Eine höhere Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen lehnen wir entschieden ab. Gerade hohe Steuersätze führen nicht zu höheren Staatseinnahmen, sondern verhindern Wachstum, vernichten Arbeitsplätze und gefährden damit die Existenz zahlloser Arbeitnehmer und ihrer Familien.

Im Interesse der Thüringer Bürger dürfen auf Bundesebene keine weiteren Belastungen beschlossen werden. Im Gegenteil, wir wollen die Menschen und die Unternehmen entlasten, um ihnen mehr Freiräume zu eröffnen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen durch den Abbau der sogenannten kalten Progression entlastet werden. Es ist ungerecht, dass von Entgelterhöhungen der Staatshaushalt stärker profitiert als der Bürger selbst.

Zudem soll bei der Umsatzsteuer die Abkehr von der Soll-, hin zur Ist-Besteuerung vollzogen werden, um Unternehmen erst dann zu besteuern, wenn ein tatsächlicher Umsatz auch wirklich entstanden ist. Auch fordern wir die Anhebung des Gewerbesteuerfreibetrages. Dieser basiert unverändert aus dem Jahr 1994 und wurde seither nicht der aktuellen Lebens- und Kostenentwicklung angepasst. Die einzig letzte Anpassung erfolgte mit der Euro-Umrechnung.

Die Entscheidung von CDU und SPD, unterstützt durch LINKE und GRÜNE, die Grunderwerbssteuer in Thüringen von 3,5% auf 5% zu erhöhen, werden wir in Regierungsverantwortung revidieren. Durch den Erwerb von Eigentum wird eine stärkere Bindung an unser Land erreicht, der demographische Wandel durch Wegzug gestoppt und die steuerliche Belastung gerade für Bürger und Bürgerinnen beim Immobilienerwerb gesenkt.

Ein Wasserentnahmeentgelt (sog. Wasserpfennig bzw. Wassercent) ist strikt abzulehnen. Ohne den Effekt einer Ressourcenschonung führt eine solche Abgabe nur zu einer überflüssigen Kostenbelastung zentraler Wirtschaftsbranchen und der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ keine zusätzlichen Belastungen für die Menschen und Unternehmen
- ✓ Abbau der sogenannten kalten Progression
- ✓ bei der Umsatzsteuer: Abkehr von der Soll- zur Ist-Besteuerung
- ✓ Anhebung des Gewerbesteuerfreibetrages
- ✓ die Grunderwerbssteuer auf 3,5% senken
- ✓ den Abbau von Bürokratie und Vereinfachung des Steuersystems
- ✓ kein Wasserentnahmeentgelt

8. Thüringen in Europa

Die Europäische Union ist keine Selbstverständlichkeit. Nach den zwei großen Katastrophen im 20. Jahrhundert und der Trennung Europas ist die Europäische Union - und das gemeinsame demokratische Ringen um die Ausgestaltung dieser - die Antwort auf diese historischen Erfahrungen. Das gemeinsame Haus Europa ist ein erfolgreiches Friedens- und Wohlstandsprojekt. Wir Liberale stehen zu Europa und wollen mit einer starken Stimme Thüringens aktiv an der europäischen Zukunft bauen.

Europa als Chancenprojekt!

Wir wollen kein Europa, das in alle Lebensbereiche regulierend eingreift. Wir Liberale wollen kein Europa der Bürokraten, wir wollen ein Europa der Bürger. Wir wollen ein Europa, das sich der großen globalen Herausforderungen – wie der Ordnung der Kapitalmärkte, dem Welthandel, Bürgerrechte und Datenschutz oder Energie - annimmt, zu dessen Lösung Nationalstaaten allein nicht mehr im Stande sind. Wir wollen ein Europa, das sich seiner Unterschiedlichkeit bewusst ist und daraus Kraft und Kreativität schöpft, sich aktuellen und zukünftigen Problemen zu stellen. Wir sind für ein Europa, das die Zukunft als Chance versteht und gestalten will. Als Liberale werden wir uns daher jedem Versuch entgegenstellen, Europa zu einem zentralistischen, protektionistischen Einheitsstaat zu verwandeln, der die gewachsenen Unterschiede nivelliert, wie es die politische Linke in Deutschland anstrebt. Ebenso treten wir entschieden allen Tendenzen der politischen Rechten entgegen, die meinen, dass es Deutschland besser erginge, wenn Europa den Weg zurück zum Nationalismus und Separatismus fände. Wir Liberale sind für ein offenes Europa, das sich als eine dezentrale, liberalere europäische Bürgerrepublik versteht.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ kein Europa der Bürokraten.
- ✓ ein Europa der Bürger, das die Zukunft als Chance versteht und gestaltet.
- ✓ Europa als eine dezentrale, liberale europäische Bürgerrepublik.

Einheit in Vielfalt – für ein starkes Thüringen in Europa!

Wir Liberale sind überzeugt, dass Europa nur dann stark bleibt, wenn es erlaubt, dass Bürgerinnen und Bürger, Staaten und Regionen in eigener Verantwortung ihre Kraft entfalten können. Nach 20 Jahren deutscher und europäischer Einigung, liegt Thüringen nicht mehr am Rand des eisernen Vorhanges, sondern mitten in Europa. Gerade die Thüringer Exportwirtschaft, aber auch Arbeitnehmer, Schüler und Studenten nutzen die zentrale Lage unseres Freistaates als Chancenraum.

Aber auch Europa kann von einer starken Stimme Thüringens profitieren. Wir Liberale sind der Überzeugung, dass es ein vitales Interesse der Thüringer Politik geben muss, Einfluss in Brüssel zu gewinnen und zu nutzen. Bereits heute werden 80 Prozent der gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen durch europäisches Recht bestimmt. Wer also nicht frühzeitig in Brüssel interveniert, darf sich über neue Regelungen nicht beschweren. Wir Liberale wollen die Präsenz des Freistaates in Brüssel ausbauen und die Stimme Thüringens hör- und wahrnehmbar werden lassen, indem wir die politische Europa- und Verwaltungskompetenzen der Mitteldeutschen Länder zusammenlegen. Dieses „Haus der mitteldeutschen Länder“ wollen wir nach dem Grundsatz „Gemeinsame Verwaltung – eigenständige Politik“ organisieren und so zu anderen Großvertretungen deutscher Bundesländer aufschließen. Das spart Kosten und stellt politischen Einfluss sicher.

Zudem treten wir für die Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen (ADR) zu einer echten Subsidiaritätskammer ein. Das kann noch besser gelingen, wenn die kommunale Ebene im Ausschuss der Regionen stärkeres Gewicht bekommt, da auch die Kommunen von europäischer Gesetzgebung betroffen sind. Daher wollen wir Liberale, dass der zukünftige Vertreter Thüringens, nicht länger durch die Landesregierung, sondern aus der Mitte des Parlamentes entsandt wird, damit die subsidiären Rechte der Legislative in Brüssel stärker vertreten werden.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ politische Europa- und Verwaltungskompetenzen der Mitteldeutschen Länder zusammenlegen.
- ✓ die Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen (ADR) zu einer echten Subsidiaritätskammer.
- ✓ die Entsendung der zukünftigen Vertreter Thüringens nicht länger durch die Landesregierung, sondern aus der Mitte des Parlamentes.

Europäische Förderprogramme nutzen – Ressourcen sinnvoll einsetzen!

Thüringen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten des Aufbaus finanziell massiv von der Solidarität innerhalb der Europäischen Union profitiert. Die sogenannte Regionalpolitik der Europäischen Union (Kohäsionspolitik) verfolgt das Ziel, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu stärken. Dies soll mittels der Verringerung des Strukturgefälles zwischen den einzelnen Regionen sowie durch die Förderung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung geschehen. Thüringen galt bis Ende 2013 als besonders förderbedürftig und konnte bisher vom EU-Höchstfördersatz profitieren. Allein in der Förderperiode 2007-2013 flossen rund 2,8 Milliarden Euro in den Freistaat, die - dass darf man aber nicht vergessen - jeweils durch Landes- bzw. Kommunalmittel Co-finanziert werden mussten.

Da Thüringen zukünftig als Übergangsregion (facing-out-Region) - nicht mehr als Ziel-1-Gebiet - in vollem Umfang förderfähig ist, muss der Freistaat in der aktuellen Periode mit rund zweidrittel der Fördermittel der vorangegangenen Förderperiode auskommen. Die künftige EU-Kohäsionspolitik hat für Thüringen – nach derzeitigem Stand – ein Budget von rund 2,3 Mrd. Euro vorgesehen. Da auch die zweidrittel Finanzierung am Ende dieser Übergangsphase bis 2020 auslaufen wird, muss sich der Freistaat auf eine weitere erhebliche Mittelreduktion ab 2020 einstellen. Der aktuellen Förderperiode 2014-2020 kommt somit - letztmalig - eine enorme strukturpolitische Bedeutung zu.

Daher wollen wir Liberale die Priorität vor allem auf die Wirtschaftsförderung legen, um die ökonomische Dynamik im Freistaat zu verstärken und zu verstetigen. Somit soll zukünftig eine branchenunabhängige Förderung die Innovationen und Investitionen im Unternehmensbereich - die zur Produktivitätserhöhung führen - unterstützt werden. Eine Konzentration auf auserwählte Branchen innerhalb der Förderpolitik lehnen wir ab. Des Weiteren sollen einzelbetriebliche Förderungen zum Aufbau vorhandener Potenziale genutzt werden und Unternehmen direkt unterstützen. In diesem Sinne ist eine bloße Projektförderung abzulehnen. Zuschüsse sollen, insbesondere die GRW-Förderung, auch künftig wichtigstes Instrument der Investitionsförderung bleiben. Diese muss durch attraktive Darlehen, Beteiligungen und Bürgschaften ergänzt werden. Die FDP will zudem den Bürokratieabbau beschleunigen. Wichtig bei der Beantragung von Fördermitteln sind eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge, Transparenz in den Verfahren, minimale Bürokratie und hohe Planungssicherheit. Eine zentrale Forderung bleibt der Abbau von Doppelstrukturen. Förderprogramme werden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gestaltet. Einen Aufbau von Doppelstrukturen, beispielsweise bei Unterstützung gleicher Fördergegenstände, durch das Land lehnen wir ab.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Priorität vor allem auf die Wirtschaftsförderung.
- ✓ bei Beantragung von Fördermitteln eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge, transparente Verfahren sowie minimale Bürokratie und hohe Planungssicherheit.

Stabilitäts- statt Schuldenunion - Europa als Raum des gemeinsamen Rechts!

Die Stabilität und der Erhalt unserer gemeinsamen Währung liegen im Interesse der europäischen Wirtschaft vom Kleinunternehmen über den Mittelstand bis zum Großkonzern, aber auch vom Verbraucher bis zum Urlaubsreisenden. Die Europäische Union muss nach marktwirtschaftlichen und demokratischen Grundsätzen vertieft werden, um Risiko und Haftung, um Entscheidungsfreiheit und Verantwortung wieder zusammenzuführen. Handeln und Haften müssen untrennbar miteinander verbunden bleiben.

Die Währungsunion kann nur als Stabilitätsunion dauerhaft bestehen. Die Schuldenpolitik einzelner Staaten und Banken darf die Eurozone als Ganzes nicht noch einmal in Gefahr bringen. Jeder Mitgliedsstaat muss jeweils für sich genommen die Stabilitätsanforderungen erfüllen. Diese Eigenverantwortlichkeit stabilisiert das Gesamtsystem und vermindert so Spannungen und wirtschaftliche Verwerfungen unter dem Dach der gemeinsamen Währung. Unterschiedliche Finanzierungsspielräume und Zinssätze sind das Preissignal für die unterschiedliche Einschätzung der Bonität und Wettbewerbsfähigkeit der Institutionen, die Anleihen auf dem Markt platzieren. Dieses Preissignal darf nicht künstlich eingeebnet werden.

Wir Liberale wollen daher gewährleisten, dass der ESM nicht zur dauerhaften Finanzierung von Staatsschulden einzelner Eurozonen-Mitglieder missbraucht wird. So soll seine Ausleihkapazität kontinuierlich wieder zurückgeführt werden. So können sich die Staaten und ihre Gläubiger darauf einstellen, dass der ESM nicht dauerhaft als Nothelfer zur Verfügung steht. Sie müssen dann zukünftig ihre Schuldentragfähigkeit selbst sicherstellen, ohne auf Hilfe von Außen bauen zu können.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ eine Stabilitätsunion, in der zukünftig die Staaten ihre Schuldentragfähigkeit selbst sicherstellen.
- ✓ zurück zu den Kriterien von Maastricht, damit der Euro dauerhaft stabil bleibt.
- ✓ den ESM nicht zur dauerhaften Finanzierung von Staatsschulden.

9. Liberale Kulturpolitik für Thüringen

Kultur ist Vielfalt. Kultur prägt das Leben in Thüringen, denn unser Freistaat verfügt über eines der dichtesten Netze von Theatern, Orchestern, Museen, Burgen und Schlössern in Deutschland. Die FDP Thüringen sieht Kultur als Bildungs-, Wirtschafts- und damit Standortfaktor, der Thüringen attraktiver macht.

Kultur im ländlichen Raum - Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement

Die Vielfalt kultureller Angebote im Land darf nicht gefährdet werden durch einen Zentralismus in Gestalt der Förderung einiger exklusiver Kulturleuchttürme in Ballungszentren. Im Ländlichen Raum ist das bürgerschaftliche Engagement stark verbreitet. Menschen in kleinen Gemeinden engagieren sich in Sport-, in Musik-, Theater- und Heimatvereinen und identifizieren sich so in besonderer Weise mit ihrem Wohnort. Als „weicher“ Standortfaktor gewinnt Kultur im Ländlichen Raum in Bezug auf die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel an Bedeutung und sorgt für Attraktivität bei jungen Familien. In einer globalisierten Welt und einem zusammenwachsenden Europa kommt Kultur zunehmend auch eine Bedeutung für die regionale Identitätsbildung zu.

Kulturfinanzierung - Ausstattung der Kommunen und Kooperationen der Kultureinrichtungen

Kultur und Sport gehören zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen. Die Finanzierung dieser Aufgaben stellt in Thüringen viele Kommunen vor große Herausforderungen. Der Kulturlastenausgleich der Thüringer Landesregierung bevorzugt durch die Berechnungsgrundlagen größere Städte. Aber auch kleine Kommunen müssen grundsätzlich die Chance haben, ihre Kultureinrichtungen zu erhalten. Es gilt, die Lebensqualität im Ländlichen Raum zu steigern, um der Abwanderung zu begegnen. Aber auch die wirtschaftliche Eigenverantwortung des öffentlichen und privaten Kulturbetriebs sowie der Kreativwirtschaft sieht die FDP Thüringen als wichtigen Bestandteil der Kulturfinanzierung. Kultureinrichtungen müssen wirtschaftlich geführt werden. Die Liberalen befürworten Kooperationen zwischen den Kultureinrichtungen. Sie erweitern das programmatische Spektrum für das Publikum, dienen der besseren Vermarktung, stärken die Vernetzung und ermöglichen gegenseitiges Lernen.

Zukunftsaufgabe kulturelle Bildung

Für die Thüringer FDP ist die Stärkung der kulturellen Bildung Zukunftsaufgabe und Bildungsziel. Menschen, die sich mit Kunst und Kultur auseinandersetzen, schulen ihre Kreativität und Kommunikationsfähigkeit. Kulturelle Bildung findet an zahlreichen Orten statt. Zentrale Bedeutung haben Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen etc.

Die FDP Thüringen befürwortet die Kooperation von Kultur- und Bildungseinrichtungen. Kinder und Jugendliche, die die Möglichkeiten der Kulturarbeit kennenlernen und nutzen können, schulen ihre Kreativität, ihr Selbstbewusstsein und ihre Kommunikationsfähigkeit.

Darüber hinaus setzt sich die FDP in Thüringen für das Projekt "Jedem Kind ein Instrument" ein, dass durch die verstärkte Einführung von Musikinstrumenten-Klassen realisiert werden soll. „Jedem Kind ein Instrument“ ist ein musikpädagogisches Programm, das Grundschulkinder für Musik begeistern möchte. Ziel des Programms soll es sein, möglichst allen Kindern auf verschiedenen Wegen und so früh wie möglich einen Zugang zur Kultur zu eröffnen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Vielfalt kultureller Angebote in der Fläche erhalten.
- ✓ eine verstärkte Kooperation von Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Lutherdekade - Kulturtourismus stärker vermarkten

Thüringen ist das Land der Reformation. Die Reformationsdekade 2017 ist ein Weltereignis. Deshalb setzen sich die Thüringer Liberalen dafür ein, die Lutherdekade noch stärker für den Kulturtourismus zu nutzen und besser international zu vermarkten. Besonders an seinen Thüringer Wirkungsstätten sollten die Themenjahre und das Reformationsjubiläum noch stärker in den Fokus gesetzt werden, um besonders internationale Gäste auf das Schaffen und Wirken Luthers aufmerksam zu machen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ dass sich der Freistaat Thüringen strukturell stärker in die Lutherdekade einbringen soll.
- ✓ dass der Freistaat Thüringen im Ausland stärker für das Lutherland Thüringen wirbt.

10. Sport

Herausragende Bedeutung des Sports - Sportbegeisterung fördern

Die FDP Thüringen im Thüringer Landtag sieht die Unterstützung für den Sport als Breitensport zur sinnvollen Freizeitgestaltung und Prophylaxe, als Kinder- und Jugendsport zur Schaffung einer gesunden Lebenshaltung, als Volkssport zur regionalen Identifikation und als Leistungssport zur Talentförderung. Sport ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft in Thüringen, fördert die Gesundheit, den Aufbau von Gemeinschaftsgeist und den Abbau von Vorurteilen.

Hier werden viele Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen zusammengebracht. Unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, religiöser oder politischer Anschauung sowie körperlicher Voraussetzungen, der Herkunft oder der sexuellen Orientierung, gelingt es diesem Bereich, wie keinem zweiten, integrierend zu wirken und dabei den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken. Sport ist nach wie vor die breiteste Bürgerbewegung in unserem Freistaat. Den 376.000 Mitgliedern, die derzeit in 3.467 Vereinen organisiert sind, kommt eine besondere Rolle für Thüringen zu. Sportvereine wirken - das ist unsere feste Überzeugung - als Schule der Demokratie und das nicht nur bei Jugendlichen. Wir treten dafür an, die Sportbegeisterung in Thüringen zu stärken und die allgemeine Fitness zu fördern.

Unterstützung des Breiten-, Leistungs- und Vereinssports

Die FDP Thüringen unterstützt nicht nur den Spitzen-, sondern auch den Breitensport in Thüringen. Wir wollen, dass Thüringer Leistungssportler und Leistungssportlerinnen weiterhin erfolgreich in ihrer Sportart sind.

Förderung des Leistungssports

Wie werden uns weiterhin für gute Trainings- und Wettkampfbedingungen in Thüringen einsetzen, dies gilt auch für den Wintersportstandort Oberhof. Hier können mit Hilfe der Sportfördergruppe der Bundeswehr perfekte Rahmenbedingungen in Zusammenarbeit mit der Stadt vorgehalten werden. Wir müssen aber auch künftig die Mittel im Sport gerecht verteilen und dürfen dabei andere Sportarten nicht aus den Augen verlieren bzw. nicht zu kurz kommen lassen.

Breitensport

Gerade der Breiten- und Vereinssport braucht die Hilfe des Freistaats Thüringen. Der organisierte Sport im Verein erfüllt wichtige Funktionen in unserer Gesellschaft. Ohne ihn wäre Spitzensport schlichtweg unmöglich. Zudem tritt die FDP Thüringen für eine gute finanzielle Ausstattung des Landessportbundes Thüringen e.V. ein.

Diese sollte sich an der bisherigen Finanzausstattung, finanziert durch Lottomittel, orientieren und somit eine sowohl sichere als auch planbare Größe für den LSB Thüringen e.V. darstellen.

Vereinssport

Sportvereine und ihre ehrenamtlichen Helfer verdienen unsere besondere Unterstützung. Ohne das freiwillige ehrenamtliche Engagement, das zu den Grundpfeilern des Sports in Thüringen zählt, wäre sowohl die Organisation als auch die Durchführung von Wettkämpfen im Sportland Thüringen schlichtweg unmöglich. Ferner setzen wir uns für den Erhalt sowie den Ausbau von Sportstätten ein. Wir werden darauf achten, dass weiterhin genügend Mittel zur Verfügung stehen, um marode Sportstätten zu sanieren. Es ist unsere Aufgabe, gerade auch den Zustand der Sportstätten in den Schulen zu verbessern. Diese Ausgaben zahlen sich langfristig für unsere Gesellschaft aus.

Auf den Breitensport kommen mit dem demographischen Wandel große Umstrukturierungs- Maßnahmen zu, die eine ganze Reihe von Problemen nach sich ziehen. Wir werden uns in diesem Zusammenhang speziell für die Sorgen und Nöte der "kleinen Vereine", die das Herzstück des Sports in Thüringen sind, stark machen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ gute Rahmenbedingungen für den Spitzensport.
- ✓ finanzielle Planungssicherheit des Landessportbundes e.V. sichern.
- ✓ den Erhalt sowie den Ausbau von Sportstätten des Breiten- und Vereinssports.

11. Gleichstellungspolitik nach Maß

Gerade weil jeder Mensch einzigartig ist, will die FDP Thüringen Rahmenbedingungen schaffen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und den individuellen Lebensentwürfen Spielräume lassen. Wir treten für eine faire Gesellschaft ein, die private Bindungen wie die Familie und insbesondere Kinder schützt, die Solidarität mit Schwächeren fördert und Menschen mit Behinderungen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten stärkt. Dabei achten wir stets auf eine Gleichstellungspolitik mit Maß.

Klares Nein zur Quote!

Die FDP Thüringen lehnt geschlechtsspezifische Quotenregelungen ab. Die Qualifikationen und Fähigkeiten von Männern und Frauen müssen ausschlaggebend für eine Einstellung oder eine Beförderung sein- nicht das Geschlecht.

Die Probleme liegen an anderer Stelle: Es gilt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich voranzubringen und optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Die flexiblere Gestaltung der Kinderbetreuung, entsprechend der Bedarfe der Familien, ist hierbei ein zentraler Bestandteil unserer Politik. Bestmögliche Betreuungsmöglichkeiten sind ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung von tatsächlicher Gleichstellung in unserem Freistaat.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ keine Quote.
- ✓ bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

12. Bau, Landesentwicklung und Verkehr

Straßeninfrastruktur

Straßen sind nicht nur Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur, sie stehen für Mobilität und Lebensqualität der Bürger und schaffen die Voraussetzungen für eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft in Thüringen. Daher müssen von zentralen Verkehrsadern abgeschnittene Räume (z.B. Saalfeld-Rudolstadt oder Bad Salzungen) an Autobahnen oder gut ausgebaute Straßennetze angeschlossen werden, um auch hier Voraussetzung für Investitionen und Lebensqualität zu schaffen.

Die Zusammenarbeit Thüringens mit den benachbarten Bundesländern muss diesbezüglich ebenfalls deutlich verbesserte werden, damit sich die teilweise ungünstigen infrastrukturellen Anbindungen an Thüringer Nachbarregionen z.B. Westthüringens an Hessen (A44), Ostthüringens an Sachsen (A72) nicht wiederholen. Straßen und Brücken in Thüringen befinden sich überwiegend in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Infrastrukturpolitik im Freistaat muss die Mobilität gewährleisten.

Wichtig für die FDP Thüringen ist, dass der Investitionsstau auf Thüringens Straßen ein Ende hat. Dafür müssen im Landeshaushalt die notwendigen Haushaltsmittel eingestellt werden und alternative Finanzierungsvarianten Anwendung finden.

Die FDP lehnt zudem die Herabstufung von unsanierten Landes- zu Kreis- oder Kommunalstraßen ab, da sich der Freistaat dadurch der Erhaltungspflicht entzieht und notwendige Investitionskosten vom Land auf die Kreise und Kommunen überträgt.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ bei anstehenden Infrastrukturbaumaßnahmen eine Priorisierung von Straßenbauprojekten vornehmen, um diese zügig fertigzustellen.
- ✓ eine Einbeziehung von naturschutzrechtlichen, städtebaulichen und raumordnerischen Betrachtungen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bedarfsorientiert gestalten

Eine gute Erreichbarkeit mit angemessenen Wegezeiten vor allem im ländlichen Raum stellt eine Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Thüringen dar. Die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass künftige Ausbaumaßnahmen, Ortsumgehungen und der Erhalt der Landesstraßen vor dem "Aus" stehen sowie die Anbindungen durch den ÖPNV auf ein Minimum reduziert werden. Mit flexiblen Bedienungsformen muss das klassische durch den "Schülerverkehr" geprägte Linienangebot regions- und bedarfsspezifisch um ein wirtschaftlich und attraktives Mobilitätsangebot ergänzt werden, das insbesondere auf die Mobilitätsbedürfnisse - auch Älterer - im ländlichen Raum zugeschnitten ist.

Ziel muss die Entwicklung bedarfsgerechter, nachfrageorientierter und bezahlbarer Verkehrs- und Beförderungskonzepte sein. Beispiele dafür sind Ruf- und Minibussysteme bzw. Sammeltaxis.

Straßen- und Güterverkehr

Deutschlandweit übernimmt die Straße vier von fünf Tonnen des Güterverkehrs, dabei sind die LKW als Zubringer für die Fracht per Bahn, Binnenschiff und Flugzeug unterwegs. Daraus resultieren zwei Aufgaben. Zu einem plädieren wir für eine bedarfsgerechte Straßensanierung und den Bau von Ortsumfahrungen, die positive Effekte bei der Verkehrssicherheit, die Minimierung von Emissionen und Verbesserung des Umweltschutzes erzielen. Zweitens mehr Güter von der Straße auf die Schiene.

Der Bund verfügt jährlich über 300 Milliarden Euro Einnahmen.

Davon stammen 53 Milliarden Euro aus dem Straßenverkehr der Mineralölsteuer (incl. Mehrwertsteuer und LKW-Maut). Ein größerer Teil dieser Mittel muss für den Neubau und Erhalt des Straßennetzes verwendet werden!

Die FDP Thüringen will:

- ✓ ein nachhaltiges Erhaltungsmanagement durch stabile Finanzierungskreisläufe.
- ✓ die komplette Übertragung der Einnahmen aus LKW-Maut in den Infrastrukturausbau.
- ✓ die weitere Entwicklung von innovativen Finanzierungsvarianten der Privatwirtschaft, von der Planung über Bau bis zum Betrieb.
- ✓ Finanzierungssysteme, die von Toleranzen des Bundeshaushaltes unabhängig sind.
- ✓ den Anforderungen der Wirtschaft und der Bürger an das Straßennetz Rechnung tragen.
- ✓ die Beschleunigung von Planungsverfahren bei Infrastrukturvorhaben.
- ✓ keine Ausweitung der LKW-Maut auf weitere Straßen und kleinere LKW.
- ✓ bedarfsgerechte, nachfrageorientierte und bezahlbare Verkehrs- und Beförderungskonzepte im ÖPNV gemeinsam mit privaten Verkehrsbetreibern entwickeln.
- ✓ die Bewertungskriterien auf Landesebene für die Erstellung von Prioritätenlisten bei Straßenbaumaßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan BVWP entwickeln.
- ✓ die Beschleunigung des Bewertungsverfahrens beim Bau von Ortsumfahrungen.
- ✓ ein Tempo 80 für LKW auf Landstraßen.
- ✓ kein generelles Tempolimit auf Autobahnen.

Mobilität in den Thüringer Kommunen erhalten

Seit Ende letzten Jahres dürfen nur noch Fahrzeuge mit einer grünen Umweltplakette die Erfurter Innenstadt befahren. Für einen Großteil des Erfurter Stadtrings gilt Tempo 30. Beide Maßnahmen sind im vermeidlichen Auftrag des Umwelt- und Gesundheitsschutzes umgesetzt worden.

Umweltzonen als Einzelmaßnahme verfehlen allgemein ihren Zweck. Sie grenzen die Mobilität der Menschen ein und verursachen lediglich einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand, zusätzliche Einschränkungen und Kosten für Autofahrer und Unternehmen.

Die FDP Thüringen lehnt daher diese Maßnahme als ineffizient ab und spricht sich für die Erweiterung von alternativen Maßnahmen zur Einhaltung der Luftreinhaltewerte aus. Nur die Bündelung gezielter Maßnahmen in einem Konzept sowie die Einbeziehung aller maßgeblichen Verursacher werden in der Perspektive langfristig Erfolg zeigen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Abschaffung der Umweltzone in Erfurt und keine weiteren Umweltzonen in anderen Thüringer Städten
- ✓ , dass Verkehrslenkungsmaßnahmen, Begrünungen, Nutzung von schadstoffarmen und kraftstoffsparenden Fahrzeugen, Verbesserungen des ÖPNV und Einbau von emissionsreduzierten Heizungsanlagen dem Menschen und dem Umweltschutz dienen
- ✓ stationäre Blitzanlagen müssen der Verkehrssicherheit und nicht der Sanierung kommunaler Haushalte dienen
- ✓ kein generelles Tempo 30 in den Thüringer Kommunen

Schieneverkehr

Mit der Fertigstellung der Strecke Nürnberg-Erfurt-Leipzig/Halle-Berlin besteht für Thüringen die Chance, sich als zentrale Drehscheibe in Deutschland zu entwickeln. Für zahlreiche Thüringer Städte ergeben sich Verkürzungen der Fahrzeiten im Fernverkehr. Durch die Inbetriebnahme des ICE-Knotens Erfurt benötigt Thüringen eine funktionsfähige und belastbare Ost-West-Traversalinie in Gestalt der Mitte-Deutschland-Verbindung, die dafür schnellstmöglich zweigleisig und elektrifiziert ausgebaut werden muss (auch über Gera hinaus), sowie die Bestellung eines bedarfsgerechten ÖPNV durch das Land Thüringen. Jedoch nicht alle Regionen und Städte profitieren vom ICE-Knoten Erfurt. Beispielsweise für die Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte Jena, Saale – Holzland Kreis und Saalfeld - Rudolstadt müssen die Flughäfen München, Berlin, Nürnberg und Leipzig schnell, in ausreichend dichter Taktung und komfortabel erreichbar bleiben. Das ist landesseitig durch entsprechenden Einsatz der Regionalisierungsmittel abzusichern.

In Folge der Ausschreibung und Neuvergabe der Nahverkehrsverbindung Eisenach-Erfurt-Naumburg-Halle durch das Land werden zukünftig immer mehr voneinander unabhängige Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) auch im Personenverkehr tätig sein. Hier ist auf eine qualitative intermodale Vernetzung zu achten. Wettbewerber dürfen nicht von Dritten mit einem zu niedrigen Angebot verdrängt werden, um später mittels Nachforderungen das Land zur Kasse zu bitten.

Aus Sicht des Wirtschaftsstandortes Südthüringen mit dem Städteband Coburg – Rödentel – Neustadt – Sonneberg besteht das Potential und die Notwendigkeit für einen 2 stündlichen Halt in Coburg.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Absicherung der Nahverkehrsbedarfe in der Fläche durch integrale Taktverkehre.
- ✓ den Ausgleich der Defizite nach Wegfall der ICE-Halte in den Thüringer Städten (wie z. B. in Weimar, Jena, Saalfeld, Eisenach) durch Expresslinien.
- ✓ die Verknüpfung der Süd-, Ost-, Westthüringer Regionen mit dem ICE-Knoten Erfurt durch integralen Taktverkehr.
- ✓ die Sicherstellung einer optimalen Verknüpfung der Angebote im Schienenpersonenverkehr zwischen den Angeboten der Eisenbahnen untereinander sowie insbesondere auch zum DB-Fernverkehr und den weiteren Verkehrsträgern.
- ✓ keine Nachforderungen bei zu niedrigen Dumping-Angeboten.
- ✓ Bedarfshaltepunkte im Schienenpersonenverkehr erhalten.
- ✓ die Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur, um eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu erhöhen (Strecken- und Lärmschutzausbau).
- ✓ einen zweistündigen ICE-Halt in Coburg.
- ✓ den Lückenschluss Eisfeld zum ICE-Halt Coburg.

Luftverkehr im freien Wettbewerb gewährleisten

Die Thüringer FDP befürwortet die Liberalisierung des Luftverkehrsmarktes und will einen fairen und von Dauersubventionen freien Wettbewerb. Die Zukunfts- und Erschließungspotenziale sowie strategische Ausrichtung der Thüringer Luftverkehrsstandorte sind im Rahmen einer Novellierung des Thüringer Luftverkehrskonzeptes neu zu bewerten. Unter Beachtung der verkehrspolitischen Zusammenarbeit der mitteldeutschen Länder ist bei der Novellierung neben der Bedeutung für die Thüringische Wirtschaft und der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für die Rettungsdienste insbesondere die Entwicklung des Fluggast- und Frachtaufkommens sowie die Fertigstellung des ICE-Knotenpunktes Erfurt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Internationalen Verkehrsflughafens Erfurt-Weimar sowie der zahlreichen Thüringer Verkehrs- und Sonderlandeplätze müssen grundsätzlich gesamtwirtschaftlich nachhaltig sein und die gesamten Betriebskosten des Standortes selbstständig erwirtschaften.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Abschaffung der Luftverkehrssteuer in Deutschland, um einen freien Wettbewerb auf dem europäischen Markt zu gewährleisten.
- ✓ die umgehende Analyse und Novellierung des Thüringer Luftverkehrskonzeptes gemeinsam mit den Akteuren vor Ort.
- ✓ eine kontinuierliche Kürzung der Subventionen im Landeshaushalt, um eine Belastung in Form dauerhafter Betriebskostenzuschüsse auszuschließen.
- ✓ die luftverkehrspolitische Zusammenarbeit der mitteldeutschen Länder stärken und intensivieren.
- ✓ eine gemeinsame Vermarktung des Flughafens und des ICE-Knotenpunktes Erfurt als „Verkehrsregion Mittelthüringen“.
- ✓ die Übertragung des Flughafens Erfurt-Weimar an einen erfahrenen Betreiber.

Breitbandversorgung im Ländlichen Raum

Die neuen Kommunikationstechniken durch LTE-800, Richtfunk und Glasfaserkabel stellen für die Wirtschaft, das Handwerk, für Bildungseinrichtungen, für die sozialen, technischen und kommunalen Infrastruktureinrichtungen und für die Mehrheit der Privathaushalte in Thüringen einen wichtigen Standortfaktor dar. Im Gegensatz zu den Ober- und Mittelzentren ist eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in den ländlichen Regionen nicht der Regelfall. Als unterversorgt werden in Thüringen Gebiete definiert, in denen die Datenübertragungsgeschwindigkeit unter 2Mbit/s liegt. Eine Grundversorgung von mindestens 2Mbit/s entspricht nicht mehr dem heutigen Bedarf. Moderne Information- und Kommunikationsstrukturen benötigen jedoch 25-50 Mbit/s im Download oder 6-10Mbit/s symmetrisch , somit zählen 69% aller Haushalte als unterversorgt.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen im Ländlichen Raum.
- ✓ mehr Wettbewerb beim Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur .
- ✓ eine Förderung in den Kommunen nur dort, wo die Finanzierung aufgrund der überdurchschnittlich hohen Investitionskosten nicht darstellbar ist.

Regionalplanung - Keine Verringerung der Anzahl der Grundzentren in Thüringen

Eine Bestimmung der Grundzentren erfolgte bislang in den Regionalen Raumordnungsplänen (RROP) durch die vier Thüringer Planungsregionen. Mit der Fortschreibung des LEP zählt die Ermittlung der Grundzentren zu den Aufgaben der Landesregierung als oberster Planungsbehörde, was eine Verringerung der Grundzentren von derzeit 76 auf 45 zur Folge haben wird.

Nach einer Übergangs- und Qualifizierungsphase von drei Jahren werden die Grundzentren nach festgelegten Kriterien im LEP bestimmt. Der Motorisierte Individualverkehr (MIV) nimmt stetig zu, u.a. aufgrund des schrumpfenden Angebots im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Eine Verringerung der Grundzentren verstärkt diese Entwicklung zunehmend. Bei Gemeinden ohne Zuweisung einer überörtlichen Gemeindefunktion besteht somit die Gefahr, dass eine gemeindliche Entwicklung gehemmt wird.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Überarbeitung der Qualitätskriterien für die Grundzentren sowie für Kommunen mit der Zuordnung einer überörtlichen bedeutsamen Gemeindefunktion unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände und Kommunen etc.
- ✓ eine Aufwertung der Grundzentren durch Qualitätskriterien.
- ✓ eine flächendeckende Verteilung der Grundzentren zur Absicherung der Daseinsvorsorge.

Regionalbudget und Sonderprogramm "Ländlicher Raum"

Die Förderung des Ländlichen Raums ist in der aktuellen und auch in der nächsten Förderperiode ein Bestandteil der EU-Förderpolitik. Ein Mindestanteil der Mittel wird aus dem Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Fond für Regionalentwicklung (EFRE) zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieses Instrumentes Regionalbudget, kann über den Einsatz von Mitteln auf regionaler Ebene vor Ort entschieden werden. Dadurch wird gefördert, was regionalpolitisch sinnvoll ist. Die Liberalen sehen darin eine Stärkung der wirtschaftlichen Eigenentwicklung.

Die Entwicklung des Förderinstrumentes der Regionalbudgets unter Berücksichtigung von mehr Individualität und Selbstbestimmung der Regionen und ihrer regionalen Akteure geht einher mit mehr Flexibilität bei den Möglichkeiten der Co-Finanzierung für Kommunen, kommunaler Zusammenschlüsse und sonstigen Antragstellern wie Vereinen und Verbänden. Somit kann eine flexible Ausgestaltung bei der Komplementärfinanzierung finanzielle Lücken schließen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ eine grundsätzliche Ausweitung des Regionalbudgets.

Wohnen in Thüringen – Marktkonforme Konzepte statt dirigistischer Maßnahmen

Forderungen nach weiteren regulierenden Eingriffen in den Wohnungsmarkt wie Mietpreisdeckelungen und die Ausweitung des sozialen Wohnungsbau lehnen wir ab, da diese den Wohnungsmarkt noch unflexibler machen, die für Neubau und Sanierungen notwendigen Mittel reduzieren und so zur Wohnungsverknappung beitragen. Vielmehr müssen Anreize für private Investoren gesetzt werden, damit diese zügig und bezahlbar bauen können und auch wollen.

Um die Wohnungsnot in den Städten zu verringern, müssen Wohnungspolitik, Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung integriert betrachtet werden. Wenn sich Kommunen und der Freistaat Thüringen für die Aufwertung ihrer Hochschulstandorte einsetzen und sich darum bewerben, diese als Eliteuniversitäten zu fördern, müssen die dann entstehenden Infrastruktur- und Wohnungsmarktprobleme von vornherein berücksichtigt und Lösungsvorschläge dafür erarbeitet werden: Die Infrastruktur, insbesondere der ÖPNV, muss im Rahmen eines integrierten Mobilitätsmanagements gezielt aus- und umgebaut werden, um auch Wohnlagen am Stadtrand attraktiv werden zu lassen und so den innerstädtischen Wohnungsmarkt in Campusnähe zu entlasten. Außerdem gilt es, das Wohnen in Wohngemeinschaften gezielt zu fördern – durch z. B. Steuererleichterungen beim Um- und Neubau sowie die Halbierung der Abschreibungsdauer auf 25 Jahre für den erwünschten Wohnungsbau. Diese Maßnahmen kosten wenig und fördern die privatwirtschaftliche Initiative.

Ein besonderer Dorn im Auge der FDP Thüringen ist auch das Ansinnen, die Energieeinsparverordnung (EnEV) weiter zu verschärfen. Baulichen Vorschriften zum Klimaschutz müssen finanzierbar und sozialverträglich ausgestaltet sein. Eine weitere Verringerung des Heizenergieverbrauchs ist nur unter enormen technischen Aufwendungen und unwirtschaftlich hohen Bau- und Unterhaltungskosten möglich, würde die Mieten also zusätzlich ansteigen lassen. Vielmehr müssen hier integrierte Konzepte der dezentralen Energieerzeugung und -speicherung verstärkt angewendet und gefördert werden. Vorschriften des Denkmal- und Umweltschutzes sowie der Bürgerbeteiligung sind wichtig, um Kultur- und Naturgüter zu erhalten sowie Akzeptanz für Bauprojekte in der Bevölkerung herzustellen, allerdings dürfen sie nicht missbraucht werden, um ideologisch motivierte Einzelinteressen zu Lasten des Wohnungs- und Immobilienmarktes durchzusetzen. Das Gleiche gilt für die Vorschriften zur energetischen Sanierung, die flexibler gehandhabt und technologieoffen formuliert werden müssen.

Die FDP Thüringen spricht sich außerdem für die Forderung und Förderung aus von Senioren-Wohngemeinschaften sowie generationenübergreifendem Wohnen, eine sinnvolle Reduzierung der Standards auf eine barrierearme und altersnahe statt nur barrierefreie Bauweise, die vermehrte Ausweisung von Wohnquartieren bei der Stadtplanung, eine zügigere Freigabe von Bauflächen sowie den Neubau in Modulbauweise aus, um spätere Umnutzungen und Umwidmungen jederzeit möglich zu machen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Förderung von Senioren-Wohngemeinschaften sowie generationenübergreifendem Wohnen.
- ✓ eine sinnvolle Reduzierung der Standards auf eine barrierearme und altersnahe statt barrierefreier Bauweise.
- ✓ die vermehrte Ausweisung von Wohnquartieren bei der Stadtplanung.
- ✓ die Energieeinsparverordnung (EnEV) nicht weiter verschärfen.
- ✓ weitere regulierende Eingriffe in den Wohnungsmarkt (wie z.B. Mietpreisdeckelungen) verhindern.

13. Landwirtschaft, Forsten und Fischerei

Thüringen ist ein vielfältiges Land, das durch die reichhaltigen Regionen des Ländlichen Raumes und deren Wertschöpfung besonders zum Ausdruck kommt. Die zukünftige Entwicklung des Ländlichen Raumes wird maßgeblich geprägt durch die Stärke der Thüringer Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Als Arbeitgeber von über 35.000 Beschäftigten und als produktiver, industrieller Wachstumsmotor der Thüringer Wirtschaft hat sich die Land- und Forstwirtschaft sowie die Nahrungs- und Futtermittelproduktion in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer der führenden Branchen im Thüringer Wirtschaftsgefüge entwickelt. Der Raum für Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten sowie Impulse für eine moderne Entwicklung sind hierbei entscheidend gegeben durch die natürlichen Standortbedingungen, durch die Innovationsfähigkeit und verlässliche politische Rahmenbedingungen. Die FDP setzt sich ein für eine moderne, unternehmerische und effiziente Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft.

Landwirtschaft im Wandel – verantwortungsvoll, zukunfts- und marktorientiert gestalten!

Der heutige Landwirtschaftsbetrieb entspricht nicht mehr dem Bild des Bauernhofs im Kinderbuch! Die heutige Landwirtschaft befindet sich durch veränderte Anforderungen und Herausforderungen im Wandel, welchen die FDP Thüringen als politischer Partner durch verlässliche, planbare Rahmenbedingungen begleiten wird. Die Thüringer Liberalen verfolgen langfristig die Ziele der wettbewerbsfähigen Landwirtschaft und des unternehmerisch, vorausschauenden Landwirts, der ein angemessenes Einkommen am Markt erwirtschaften kann. Liberale Agrarpolitik bevormundet nicht, sondern schafft Freiräume für unternehmerisches Handeln. Landwirte müssen marktorientiert, innovativ, multifunktional, umweltschonend und im Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Verantwortung arbeiten können.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Chancen der Direktvermarktung und Veredelung, insbesondere von regionalen Agrarprodukten unterstützen.
- ✓ ein gleichberechtigtes, diskriminierungsfreies Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft sowie von Familien- und Gemeinschaftsbetrieben.
- ✓ die Sicherung der Betriebsnachfolge und des qualifizierten Nachwuchses durch die Stärkung und Beibehaltung der Thüringer Forschungs- und Ausbildungsangebote in der Fläche.
- ✓ eine moderne Nutztierhaltung nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen tiergerecht fortentwickeln.
- ✓ eine gleichmäßige 1:1- Umsetzung der EU-Standards im Tier- und Verbraucherschutzbereich sowie die Verringerung des Antibiotikaeinsatzes im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung.
- ✓ bei der Nutzung von Flächen muss Revitalisierung vor Neuausweisung kommen.

Chancen des Weltmarkts nutzen – Gemeinsame Europäische Agrarpolitik vereinfachen!

Die Landwirtschaft und die Vermarktung regionaler Produkte sind durch die global wachsende Nachfrage nach Lebensmitteln zunehmend durch Internationalität geprägt. Die FDP Thüringen will die Chancen des Weltmarkts nutzen und das politische Regelwerk im Rahmen der Welthandelsorganisation auf internationaler Ebene vereinfachen. In diesem Kontext ist die Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) zu kritisieren – GAP bedeutet für die Landwirte in Thüringen vor allem eine bürokratische Mehrbelastung! Liberale Agrarpolitik steht für die Stärkung der wettbewerbsorientierten Landwirtschaft und die Verbesserung der Marktstellung von Landwirten. Die FDP Thüringen steht für den Abbau von Erzeugnis-Quoten und Bürokratie, damit Arbeitsplätze im Ländlichen Raum und die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe nicht gefährdet werden. Dahingehend ist regionalen Entscheidungsträgern möglichst viel Gestaltungsspielraum zu geben. Das „Greening“ der europäischen Direktzahlungen ist aus unserer Sicht ein Bürokratiemonster und hat lediglich einen Placebo-Effekt für die Ökologie.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Verbesserung der unternehmerischen Handelsfreiheit für Landwirte, verbunden mit einem globalen Regelwerk und entsprechenden Herkunftsbezeichnungen für Agrarprodukte.
- ✓ die vollständige Abschaffung von Exportsubventionen für Landwirtschaftsprodukte.
- ✓ ein stabiles Zwei-Säulen-Modell bei der Ausgestaltung der GAP: Unbürokratische Direktzahlungen der ersten Säule und kofinanzierte Zahlungen für benachteiligte Gebiete (Ausgleichszulage) und besondere Umweltleistungen in der zweiten Säule.

- ✓ Optimierung und Bündelung bei der Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Förderinstrumente, u.a. der Ausgleichzulage und des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP).
- ✓ eine solide, finanzielle Planungsgrundlage in der laufenden Förderperiode sowie ab dem Jahr 2020 die Direktzahlungen schrittweise zu reduzieren und den Agrarsektor stärker am Markt ausrichten.

Innovationen und Agrarforschung fördern – Chancen und Risiken ideologiefrei abwägen!

Eine moderne Landwirtschaft orientiert sich aus Sicht liberaler Agrarpolitik stets an neuen Entwicklungen der Produktionsmethodik sowie am technischen Fortschritt und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Unter dem Grundsatz, dass für uns Liberale **die Sicherheit für Mensch und Umwelt oberste Priorität** besitzt, befürwortet liberale Politik eine verantwortungsvolle Nutzung und eine weitere Erforschung der modernen Biotechnologie. Für die FDP Thüringen sind die Anwendungen der Biotechnologie stets eine objektive Abwägung der Chancen und Risiken dieser Lebenswissenschaft. Für deren gesellschaftliche Akzeptanz und Entscheidung wollen Liberale den mündigen Verbraucher durch Informationstransparenz sensibilisieren und stärken sowie das Forschungsklima technologiefreundlich gestalten.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Forschungen in den Bereichen der Pharmazeutischen-, der Industriellen- und der Agrar-Biotechnologie intensivieren und die gesellschaftliche Debatte frei von Ideologie und Denkverboten führen.
- ✓ einen verbesserten Wissenstransfer zur Abwägung von Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik durch die Schaffung eines Netzwerkes zwischen Agrarforschung und Praxis.
- ✓ die vollständige und konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter bei deren Produktion an irgendeiner Wertschöpfungsstufe gentechnisch veränderte Organismen beteiligt waren.

Forstwirtschaft und Jagd – Grundsatz “Wald und Wild“ verwirklichen

Liberaler Forstpolitik in Thüringen steht für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und naturnahe Waldwirtschaft verbunden mit ökonomischen Erfordernissen unter Berücksichtigung klimatischer Entwicklungen. Die Umwandlung des Thüringer Gemeinschaftsforstamtes in die Landesanstalt „ThüringenForst“ stellt für die Thüringer Forstwirtschaft eine Zeitenwende dar, deren Umsetzung die Thüringer FDP kritisch begleitet sowie unter Effizienzgesichtspunkten optimieren will. Liberaler Forstpolitik steht vor allem im Interesse der Allgemeinheit für den Schutz privaten Waldbesitzes unter dem Grundsatz Eigentum und Verantwortung.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Verwirklichung des forstlichen Ziels „naturnaher Waldbau“. Bei der standortangepassten Pflanzung von trocken- und hitzeresistenten Baumarten ist die Verhinderung von Erosion sowie die Verbesserung des Grundwasserschutzes und der -haltung zu berücksichtigen.
- ✓ keine Windkraftanlagen in den thüringischen Wäldern.
- ✓ die Optimierung der Verwertung der heimischen Ressource Holz unter wirtschaftlichen Faktoren, aber auch unter ökologischen Gesichtspunkten.
- ✓ eine prozessorientierte Weiterentwicklung der Landesanstalt „ThüringenForst“ mit einer transparenten und bürgerfreundlichen Struktur und einem effizienten Angebot der Betreuung für den Privat- und Körperschaftswald.
- ✓ die Erarbeitung eines Personalkonzeptes unter dem Grundsatz „Fester Ansprechpartner vor Ort“.
- ✓ die Finanzauführungen aus dem Landeshaushalt in die Landesanstalt „ThüringenForst“ nach Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen vornehmen, unter Berücksichtigung klimatischer Entwicklungen sowie Standards des Umwelt- und Naturschutzes.
- ✓ die Koppelung des Jagdrechts an das Grundeigentum muss unangetastet bleiben.

Liberaler Jagdpolitik betrachtet die Landesjägerschaften als wichtige Partner beim Naturschutz und sieht seine Aufgabe in der stetigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Jagdpraxis und in der Verwirklichung des Grundsatzes „Wald und Wild“, verbunden mit der gemeinschaftlichen Anerkennung für die Übernahme wichtiger Gesellschaftsaufgaben.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Stärkung der Aufgaben und der Eigenverantwortlichkeit des Landesjagdverbandes und seiner Landesjägerschaften sowie der Hegegemeinschaften und Jagdgenossenschaften.
- ✓ die Schaffung angepasster Wildbestände zur Reduzierung neuer Verbiss- und Schälschäden bei sachlicher und wildbiologischer Einschätzung der jeweiligen Situation unter Einbeziehung der Hegegemeinschaften.
- ✓ die Ausweitung der Jagdzeiten unter Beachtung neuer Erkenntnisse der Jagdpraxis sowie der wildbiologischen und tierschutzrechtlichen Grundsätze.
- ✓ die Abschaffung der Jagdsteuer sowie der Praxis der „Freischüsse“ für ausgewählte Kunden des Landesforstes und verdiente Landesbeamte.
- ✓ weitere mögliche zukünftige Novellierungen des Waffengesetzes, welches sowohl das Schutzbedürfnis der Öffentlichkeit als auch die Berufsfreiheit der Jäger in Einklang bringen.
- ✓ keine unverhältnismäßigen Einschränkungen für Sportschützen.

Fischerei – Partner eines effizienten Naturschutzes

Für die FDP Thüringen sind die Angler verlässliche Partner bei der Verwirklichung eines effizienten Naturschutzes, bei der Flora und Fauna im Einklang gehalten werden. Das ehrenamtliche Engagement sowie die Jugendarbeit in zahlreichen Angelvereinen ist für uns Liberale Ausdruck gelebter Naturverbundenheit, damit traditionsbewusstes Brauchtum und Wissen für nachfolgende Generationen erhalten bleibt. Wir wollen die Fischerei vor unnötigen bürokratischen Auflagen bewahren.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ einen nachhaltigen Arten- und Biotopschutz sowie den Schutz der Fischfauna und des Fischbestandes.
- ✓ eine Verwaltungsvereinfachung im Landesfischereirecht.
- ✓ ein wissenschaftsbasiertes Kormoranmanagement und den Erhalt der Artenvielfalt zur Schonung der Fischbestände.

14. Umwelt- und Naturschutz

Der Schutz der Umwelt und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen sind im Sinne von Vielfalt und Verantwortung zentrale Aufgabenfelder liberaler Politik. Hierbei stellen Klima-, Arten- und Ressourcenschutz maßgebliche umweltpolitische Herausforderungen dar, deren Verwirklichung die FDP Thüringen gemeinsam mit den Menschen in Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gestalten möchte. Aus unserer Sicht ist für einen effizienten und vorausschauend praktizierten Umwelt- und Naturschutz der Mensch durch sein Engagement vor allem Partner sowie Impulsgeber und nicht Adressat staatlicher Verbote und Bevormundung.

Die FDP Thüringen befürwortet eine thüringengerechte Umwelt- und Naturschutzpolitik, welche verantwortungsvoller Bewahrer der Natur ist. Unter dem Maßstab eines wissenschaftsbasierten und ideologiefreien Natur- und Klimaschutzes setzen wir als Liberale auf die Förderung der Innovationskräfte und Technologiepotenziale.

Gemeinsame Verantwortung für Mensch, Tier und Natur

Die Einrichtung der Naturparks, der zwei Biosphärenreservate Rhön sowie Vessertal-Thüringer Wald und des Nationalparks Hainich sind in Ergänzung zu dem bereits bestehenden Netz an Thüringer Naturschutzflächen zu pflegen und zu entwickeln. Für die Thüringer Liberalen kann dabei die Verwirklichung des Naturschutzes nur bei Beteiligung der Menschen erfolgreich sein. In diesem Zusammenhang ist für die FDP Thüringen der Vertragsnaturschutz ein Erfolgsmodell, bei dem gemeinsam in Verantwortung und Abstimmung mit den Nutzern der Natur deren Schutz umgesetzt wird.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Landesgesetze, bspw. das Naturschutzgesetz, an höheres Recht anpassen und vereinfachen.
- ✓ bei der Einrichtung von Naturschutzgebieten den Bürgerwillen vor Ort berücksichtigen. Wir lehnen dahingehend die Erweiterung des Naturparks "Karstlandschaft Südharz" zu einem Biosphärenreservat ab.
- ✓ den Tierschutz als gesamtgesellschaftliches Anliegen etablieren. Neben den rechtlichen Tierschutznormen setzen wir besonders auf die Selbstverantwortung von Tierhaltern und Nutzern sowie die Anerkennung des freiwilligen Engagements für das Wohl der Tiere.
- ✓ die Erarbeitung von langfristig finanzierbaren Lösungen für den Umgang mit ökologischen Altlasten im Sinne von Haushaltsklarheit und –wahrheit.
- ✓ einen nachhaltigen Arten- und Biotopschutz betreiben, insbesondere bei geplanten, notwendigen Eingriffen in die Natur und bei unserer intensiven Landwirtschaft, insbesondere bei Anbau von Energieträgern.
- ✓ Lebenswerte Bedingungen in Biosphärenreservat Rhön erhalten.

Umweltverträglichkeit der Energiewende beachten!

Die Energiewende und der damit verbundene Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien sind politisch beschlossen und sollen unter anderem einen substanziellen Beitrag für mehr Klimaverträglichkeit leisten. Jedoch darf der Ausbau der Energieinfrastruktur als essentieller und notwendiger Aspekt der Energiewende nicht zu Lasten der Biodiversität und integrierter Ökosysteme erfolgen. Im Sinne einer nachhaltigen und ganzheitlichen Energieerzeugung und -speicherung müssen stets Standortalternativen und technische Alternativen sowie die Ziele der Raumplanung berücksichtigt werden. Für die Energieversorgung der Zukunft muss das Ziel der Umweltverträglichkeit ebenso verfolgt werden wie die Ziele der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit. Grundsätzlich sieht die FDP Thüringen in neuen Technologien zu allererst eine Chance. Hohe Sicherheitsstandards sind für uns jedoch eine Selbstverständlichkeit, um den Menschen- und Umweltschutz zu gewährleisten

Die FDP Thüringen will:

- ✓ energetische Potentiale vorhandener Talsperren und Gewässer zur Gewinnung von Wasserkraftenergie prüfen und ihnen den Vorrang einräumen vor zusätzlichen Eingriffen in Natur und Landschaft.
- ✓ die Ablehnung des Bauvorhabens "Pumpspeicherkraftwerk Schmalwasser" zum Schutz des Kulturerbes „Rennsteig“ und des reichhaltigen Naturhaushaltes im Thüringer Wald.

Ideologiefreier Klimaschutz mit Augenmaß

Aus Sicht der FDP Thüringen sind Ziele und Maßnahmen des Klimaschutzes grundsätzlich im weltweiten Kontext zu bewerten. Nicht abgestimmte Alleingänge einzelner Länder sowie eine Klimaschutzpolitik der "Grünen Inseln" werden diesen globalen Herausforderungen nicht gerecht. Als Liberale setzen wir auf Verbraucherinformation, Innovationen und marktwirtschaftliche Anreize für nachhaltiges, umweltbewusstes Handeln und Wirtschaften, welches wir bei Investitionen in den Klimaschutz in den Mittelpunkt stellen. Ebenso sind bei der Thüringer Stadt- und Landesentwicklung Aspekte des Klimaschutzes zu berücksichtigen.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Energieeffizienz als die wichtigste Klimaschutz-Technologie.
- ✓ Energieeffizienzziele statt staatlicher Energieeinsparungsziele, um wirtschaftliches Wachstum in Thüringen auch in Zukunft zu ermöglichen und zu sichern.
- ✓ die marktwirtschaftliche Orientierung und Vereinfachung des Emissionszertifikatehandels als Instrument zur globalen Begrenzung von Treibhaus-Emissionen.

- ✓ den Schutz und die Nutzung von Wäldern als natürliche Kohlendioxidspeicher.
- ✓ die Umsetzung von verkehrsmindernden Siedlungs- und Erschließungsstrukturen.
- ✓ die Anpassung an klimabedingt entstehende Naturgefahren, u.a. besonders gefährdete Hochwasserrisikogebiete von der Nutzung und Bebauung freihalten sowie klimarelevante Freiflächen wie Frischluftschneisen in Verdichtungsräumen erhalten.

Wasser-und Gewässerqualität sichern!

Die FDP Thüringen setzt sich ein für den Schutz unserer natürlichen Trinkwasserreservoirs und die damit verbundene Wasserqualität. Wir befürworten dahingehend die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie unter Beachtung der möglichen zeitlichen Übergangsfristen, um eine Überlastung der Kommunen und der Bevölkerung im Ländlichen Raum zu vermeiden.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ die Herstellung eines nachhaltig ökologischen Zustandes der Thüringer Gewässer.
- ✓ die Fortschreibung der dritten Prognose der Trinkwasserbilanz und die Erstellung einer Konzeption der Wasserversorgung in Thüringen bis 2030.

Umweltverträgliche Kaliproduktion bekräftigen - Ziel der naturnahen Werra verwirklichen!

Der jetzige Gewässerzustand der Werra ist nicht tragbar. Die Verursacher der Werraversalzung müssen mehr Verantwortung für die ökologischen Folgen der Kaliproduktion übernehmen.

Die Thüringer Liberalen setzen sich ein für eine nachhaltige Verringerung der Werra-Versalzung und die Entwicklung der Werra zu einem naturnahen Gewässer. Wir bekennen uns jedoch ausdrücklich zu einer umweltverträglichen Kaliproduktion in Thüringen zum Erhalt der Arbeitsplätze. Dabei ist es erforderlich, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Natur- und Umweltschutz sowie den wirtschaftlichen Belangen herzustellen. Für uns Liberale hat in diesem Zusammenhang die Abfall- und Laugenvermeidung oberste Priorität und ist durch einen fortlaufenden Prozess zu gestalten, bei welchem die Erforschung von Innovationen und der aktuell beste Stand der Technik Maßstab sein soll.

Mit Blick auf das Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der Werra-Versalzung werden die Thüringer Liberalen zeitnahe und rechtskonforme Lösungen - mit den Akteuren vor Ort - insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie fordern.

Präventiven Hochwasserschutz als Generationenaufgabe angehen!

Die Bilder vom "Jahrhunderthochwasser" im Frühsommer 2013 verdeutlichen, dass extreme Hochwasserereignisse zunehmend intensiver und in geringeren Zeitabständen auftreten. Thüringen gilt mit seinen Flussläufen als Hochwasserentstehungsgebiet und steht in besonderer Verantwortung einen effektiven und präventiven Hochwasserschutz zu organisieren. Im Ergebnis des Hochwassers ist u.a. festzustellen, dass die ad-Hoc-Hilfe im Rahmen des Fluthilfefonds ohne großen bürokratischen Aufwand bei den Geschädigten angekommen ist; jedoch sollte aus Sicht der FDP Thüringen zukünftig die Einrichtung eines stetigen Katastrophenschutzfonds geprüft werden.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ Maßnahmen des technischen und ökologischen Hochwasserschutzes, unter anderem Entseigelung, Waldumbau, Deichrückbau oder Renaturierung.
- ✓ den Ausbau von Hochwasserschutzanlagen nach dem Stand der Technik sowie verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung, Reaktivierung und Neuschaffung von Rückhalteräumen.
- ✓ die stetige, vorbeugende Pflege der Thüringer Gewässer.

Bezahlbare und nachhaltige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung!

Die FDP Thüringen fordert eine nachhaltige und bezahlbare Wasserversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie klein- und mittelständischen Unternehmen. Nach dem Prinzip "Lernen vom Besten" soll dahingehend die Effizienz der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Aufgabenwahrnehmung verbessert werden. Dabei ist zukünftig beim Ausbau der Infrastruktur für Wasser und Abwasser die demographische Entwicklung in der Landesentwicklungs- und Kommunalplanung zu berücksichtigen und es sind rechtliche Bewertungsfreiräume auszunutzen. Unter diesen Gesichtspunkten befürworten wir die Fortführung der Modernisierung der Wasser- und Abwasserwirtschaft im Ländlichen Raum.

Die FDP Thüringen will:

- ✓ keine Wasserentnahmeabgabe.
- ✓ die Fortführung des Förderprogramms für den Bau von Kleinkläranlagen sowie die Möglichkeit der Erweiterung auf Gruppenkläranlagen.
- ✓ die Fortsetzung des Benchmarking der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Thüringen.